

Arbeiter-Zeitung

(Schlesischen Internationale)

Aus der Landarbeiter- und Kleinbauernbewegung

Agrar-Beilage.

Wenn das kleine Grundeigentum eine halb außerhalb der Gesellschaft stehende Klasse von Barbaren schafft, die alle Rohheit primitiver Gesellschaftsformen mit allen Qualen und aller Misere zivilisierter Länder verbindet, so untergräbt das große Grundeigentum die Arbeitskraft der letzten Region, wohin sich ihre naturwüchsige Energie flüchtet, und wo sie als Reservesoldat für die Erneuerung der Lebenskraft der Nationen sich aufspießert, auf dem Lande selbst.

Karl Marx: „Das Kapital“

Das Agrarprogramm der USPD.

Die Verschmelzung von Stadt und Land ist die elementare Frage, die vom Sozialismus gelöst wird. (Wittolin: „Sozialismus und Landwirtschaft“.)

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei hat ihre Stellung zur Agrarfrage im Leipziger Aktionsprogramm unter Punkt 3 wie folgt festgesetzt:

„Großgrundbesitz und große Forste sind sofort in gesellschaftliches Eigentum zu überführen! Die gesamten landwirtschaftlichen Betriebe sind zur Bereitstellung aller technischen und wirtschaftlichen Hilfsmittel, durch Förderung der Genossenschaft zur höchsten Leistungsfähigkeit zu bringen. Urbarmachung von Weidland.“

Diese Forderung ist, und dies scheint der USPD heute ebenfalls klar zu sein, äußerst unzulänglich. Vor allen Dingen bleibt die Haltung zu den zwerghaft kleinen und mittelbäuerlichen Betrieben im Dunkeln. Eine konkrete Stellungnahme aber gerade zu diesen Schichten ist im Interesse des Kampfes um die Eroberung der politischen Macht von weittragender Bedeutung für das Proletariat.

Dem Mangel abzuhelfen, hat die Parteileitung der USPD neben Wilhelm Grumach, Karl Marchionini *) beauftragt, einen Entwurf eines Agrarprogramms auszuarbeiten. Der Entwurf des letzteren liegt nun vor. Zwei Punkte sind es, in denen der Entwurf eine Abweichung vom Agrarprogramm der SPD darstellt. Was der Unabhängige Alexander Stein in seiner Broschüre: „Agrarfrage und Sozialismus“ — seit jeder Grundsatz der Sozialisten aller Länder nennt, nämlich, „daß die Enteignung des Großgrundbesitzes nach dem Siege des Proletariats ohne Entschädigung zu erfolgen hat“, fehlt in dem Entwurfe ganz.

Da Marchionini den Sieg des Proletariats voraussetzt, indem er seinen Entwurf mit folgenden Worten einleitet: „Der Aufbau der sozialistischen Agrarwirtschaft geschieht nach folgenden Richtlinien“, ist das Fehlen dieses äußerst wichtigen Grundsatzes der Sozialisten aller Länder schlechthin unverständlich. Unverständlich besonders bei einer revolutionären Partei, zumal Alexander Stein darauf hinweist: „In Rußland vertreten sogar die sehr gemäßigten Agrarsozialisten nach der Revolution von 1905 den Grundsatz „entschädigungsloser Enteignung des Großgrundbesitzes“.

Wir wollen nicht boshaft sein und annehmen, Marchionini denke an den Aufbau der sozialistischen Agrarwirtschaft, ohne daß die Voraussetzung — die politische Machtgewinnung durch das Proletariat — erreicht ist. Der zweite hauptsächlichste Punkt, in dem der Entwurf Marchioninis sich unterscheidet nämlich vom Agrarprogramm der SPD, als auch andererseits von seinem Parteifreund Alexander Stein, ist die Stellung zu den Kleinbauern. Alexander Stein macht in seiner Broschüre den Kommunisten folgenden Vorschlag:

„Das Agrarprogramm der Kommunisten ist innerlich widerspruchsvoll und in seiner Wirkung reaktionär, da es zwar die Sozialisierung der großen Güter fordert, aber durch

die Ausstachelung der Begehrlichkeit der Klein- und Partzellenbauern den Gedanken der Uebernahme der großen Güter in gesellschaftlichen Betrieb untergräbt und durch Befestigung der Existenz der Kleinbäuerlichen Besitzer die Schicht der Eigentumsfanatiker auf dem flachen Lande verhärtet.“

Marchionini stellt im Gegenzug hierzu Forderungen, die eine „Befestigung der Existenz der Kleinbäuerlichen Besitzer“ bedeuten. Und mit Recht. Allein er tut das vom wirtschaftlichen Standpunkt aus (von dem übrigens Marchionini in dem Entwurf seines Agrarprogramms ausschließlich geleitet ist). Er weiß, die technische Umwälzung ist in der Landwirtschaft noch lange nicht so weit vorgeschritten, wie wir sie in der Industrie zu verzeichnen haben. Je nach Lage und Beschaffenheit des Bodens ist vielerorts der Kleinbetrieb in der Landwirtschaft dem Großbetrieb in produktiver Hinsicht wenn nicht überlegen, so doch ebenbürtig. Ferner sind in der Landwirtschaft in bezug auf Produktivität psychologische Momente wohl zu beachten.

Die Frage der Ernährung nach Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat ist zu einem gewissen Teile abhängig davon, ob es gelingt, das Klein- und Mittelbauerntum wenigstens von Sabotage zurückzuhalten, die in der Landwirtschaft nicht nur geübt werden kann beim Aulbau oder bei der Ablieferung, sondern auch bei der Pflege des Pflanzenwachses. Eine Kontrolle darüber kann nur in geringem Maße in Betracht kommen. Es wird also Aufgabe sein, diese Schichten wenigstens in ein loyales Verhältnis zur revolutionären Arbeiterschaft zu bringen, sie zu neutralisieren. Marchionini sieht in seinem Programmentwurf außer einem Mitbestimmungsrecht für die Klein- und Mittelbauern wirtschaftliche und technische Unterstützung aus gesellschaftlichen Mitteln vor, wie sie im Agrarprogramm der SPD ebenfalls ausgesprochen werden.

Um jedoch die wirtschaftliche Möglichkeit zur Erfüllung eines sozialistischen Programms zu schaffen, muß die politische Macht in den Händen der Vollstrecker des sozialistischen Programms sein. Es ist also vor allem eine politische Machtfrage.

Die Konterrevolution stützt sich besonders auf die kleinbürgerlichen Schichten. Sie hat einen starken Rückhalt im Klein- und Mittelbauerntum. Dieses vom gegenrevolutionären Lager abzutrennen ist für eine revolutionäre Partei eine weit größere Aufgabe, als die Festlegung eines Wirtschaftsprogramms, das infolge der fehlenden Macht nicht durchgeführt werden kann. Und darum kommt die kommunistische Partei, dem kleinen, hart arbeitenden Bauer so weit wie möglich entgegen. Es sind Konzessionen. Aber nicht Konzessionen an den Klassengegner, sondern an einen Teil der Gesellschaft, der seinen Lebensverhältnissen, seiner Tätigkeit entsprechend an die Seite des Proletariats gehört.

Das Agrarprogramm der SPD geht also deshalb ruhig über die von Marchionini aus wirtschaftlichen Gründen gemachte Unterstützung der Bauern hinaus und sagt in Punkt 13 unter A ihres Programms:

„Landwirtschaftliche Großbetriebe, die in Kleinbäuerliche Betriebe eingeprengt und von keiner ausschlaggebenden wirtschaftlichen Bedeutung sind, können unter die Klein- und Zwerghäuer der Umgebung aufgeteilt werden, um deren Betriebe so zu erweitern, daß ihre Besitzer sich selbst erhalten können.“

Dieser Gesichtspunkt, der von außerordentlicher politischer Bedeutung ist, bildet einen Trennungspunkt zwischen unabhängiger und kommunistischer Agrarpolitik. Allerdings, er ist nicht moskowitzisch und entspricht keineswegs sozialistischer Verteilung. Meint die USPD, es erst mit der Enteignung des Industriekapitals und Agrarkapitals, meint sie es erst mit der Revolution, meint sie es erst mit der Durchführung ihres sozialistischen Agrarprogramms, dann kann sie nicht aus Prinzipienreiterei darauf verzichten, eine breite arbeitende Bevölkerungsschicht durch gewisse Konzessionen an ihre Produktions- und Verbrauchsweise zu gewinnen, sei es für den aktiven Kampf gegen die Bourgeoisie an der Seite des revolutionären Proletariats, sei es wenigstens für ein passives Verhalten

9 gespaltene Millimeterzeile oder deren 190 Mk. Stellen- und Wohnungsgelege, und Veranlagungsanfragen 0.40 Mk. Zeile, 8 gespaltene oder deren Raum Text 3. — Mk.

als Retter aus der Hungersnot.

„... Grundbesitzer finden sich in letzter Rolle der Retter. Was sie jedoch ihr Geld, ihr heiliger Profit, Wirtschaft“ widerhalte es kürzlich in den Tagen, voran in der „Deutschen Zeitung“ darüber beklagte, daß nicht mehr um die Forderungen für die Agrarfrage soll nämlich garantieren: 1. Die Schutz des Besitzes, also 3. Schutz gegen Streiks; 4. Steuerkapitalisten. Die Junker und Großhändler nach dem Sprichwort: „ist eine Fier, kommt man „ohne ihr“! nicht verwunderlich, daß in der vom 3. Januar 1922 der Ritter-Schönungen, M. d. R., die „Hilfs- treucht und erweitert.“ t seiner Rettungsvorschläge zu be-

ich, das nächste Wirtschaftsjahr zu ganz unbedingt angeht unserer der Höhepunkt der Ernährungs- Es kommt daher nicht so sehr auf r Sicht an, sondern es müssen alle rren werden, um eine rückweise- ung der kommenden Ernte zu er-

wochen stehen uns bis zum Beginn noch zur Verfügung. Im Fluge chen sein: Wir befinden uns also ter Stunde!“

hlichten Teil der Forderungen des Durchführungs-Vorschläge über- Zustimmung zu seinen praktischen

Er führt aus: undwird weiß ich nur ein Mittel. werden, daß sowohl dem Winter- Sommergetreide und den Futter- : Stickstoff als bisher zugeführt

retiker der Landwirtschaft sind sich über Phosphor- und Kalidüngung (jedenheiten bestehen), daß durch Anwendung ganz außerordentliche ekt werden können. Andererseits Flächen bisher wenig, zum Teil zu sehen bekommen haben.“

Düngemitteln eine so große Be- arbeitende Volk die Bergesell- schaft nachdrücklich zu fordern. Sprechend ist, daß die Nichtver- b ausreichend produzierten Stick- stoff meistens aus Unkenntnis der eist vielfach aus Kapitalmangel, Lintspresse über die Bereicherung vorhanden ist“, entspringt. Der uernutms ist sich der Wirkung der h des Stickstoffes, wohl bewußt. r an mangelnder Aufklärung als r kleinen Bauern, da ihre Pro- zigenen Haushalt erfolgt und nur e auf den Markt gebracht werden

sem Zusammenhang darauf hin- der Genosse Kemmele in seiner Grundbesitzer Lieferung von billigen künst- lichen Düngemitteln forderte. Die Zustimmung der Freunde von der „Deutschen Tageszeitung“ blieb aller- dings aus.

Auders ist es bei den Großgrundbesitzern betreffs Nicht- anwendung von Stickstoff, wie allgemein von künstlichen Düngemitteln. Sie fanden es rentabler, von der intensiven Wirtschaft zur extensiven, zur Weidewirtschaft oder Brach- legung überzugehen, wobei der politische Gesichtspunkt — die Regierung auf die Knie zu zwingen, das Kleinbauerntum im Kampf für großagrarisches Wirtschaftsfreiheit ins politische Fahr- wasser der Agrarparteilisten zu bringen — keine untergeordnete Rolle spielte.

Wird durch sowie ein Sweeper tunen zu 2000. Der Arbeiter, von denen jedoch einer bereits verstorben ist, wurden schwer verletzt. Die Arbeiter waren mit elektrischen Lampen, die Beamten mit Benzinsicherheitslampen ausgestattet. Die Schlagwetter sind entweder durch Funkenbildung beim Kosmischen eines Fahrrades oder durch eine der Benzinsicherheitslampen entzündet worden, was noch rephustellen sein wird.

„Der junge Genosse“ beschlagnahmt.

Wie die „Rote Fahne“, das Organ der österreichischen Kommunistischen Partei, meldet, hat die Polizei die kommunistische Zeitschrift für proletarische Kinder „Der junge Genosse“ beschlagnahmt.

Funktionären des Metallkartells besuchte Versammlung be- schloß nach reger Diskussion, das Reichsarbeitsministerium zwecks Einsetzung eines Schiedsgerichts anzurufen.

Vor neuen Lohnkämpfen in Köln?

Wie die „Rote Fahne“ meldet, sind im Kölnischer Industriegebiet große Petriebseinschränkungen vorgenommen. In Arbeitkreisen macht sich eine große Unruhe bemerkbar, da angenommen wird, daß der Rohlenmangel seitens der Unternehmer lediglich vorgeschützt wird, um einem großen Lohnkampf der Metallarbeiter aus dem Wege zu

Die Arbeiter, von denen jedoch einer bereits verstorben ist, wurden schwer verletzt. Die Arbeiter waren mit elektrischen Lampen, die Beamten mit Benzinsicherheitslampen ausgestattet. Die Schlagwetter sind entweder durch Funkenbildung beim Kosmischen eines Fahrrades oder durch eine der Benzinsicherheitslampen entzündet worden, was noch rephustellen sein wird.

Genosse Kiebel vertritt das Vorgehen der Opposition, die...
Die am 4. Januar 1922 stattgefundenen Mitgliederver-

Die Organisationen werden, wenn auch nicht in dem Um-

als Stellvertreter Sportgenosse S. Williger, Lüben, als Bezirks-

Schwerlasten

Zum Abschluß des Eisen...

Was wurde von den Eisenbahn-

Zu Punkt 2 werden noch...

Die Punkte 4 und 5 verhei-

Der Punkt 6 besagt kategor-

Das Gut Neu-Steinhof bei...

entscheidenden Kämpfe zwischen Kapital und...

Nicht die kleinen, arbeitenden Bauernmassen sind unsere...

Sozialdemokratische Landarbeiter für Erfassung der Goldwerte.

Ein Landarbeiter-Parteigenosse der SPD. schreibt dem...

Lafache ist, daß die Großagrarien bisher einen großen...

Der Landarbeiter verjucht dann, an Hand der Pachtleistung...

Das Gut Neu-Steinhof bei Rosdorf ist in letzter Zeit neu...

Um die Sonnenwende.

Betrachtungen über Germanische Festzeiten.

Von Edwin Hörske, Berlin.

Zweitausend Jahre sind es her, da war unser heutiges...

Zeitgedächtnis Moore und Sumpfschwämme wuchsen ab...

Entstehen, welches Entstehen erweist den fernen Raum...

Die Schwaben setzen in die Sonne, wohnen sich am...

50 Mark. Ich weiß, daß in Holstein 1902 schon 50 Mark Pacht...

Der Wert der 1000 Zentner Feldfrüchte in unserem Falle...

Die Anbaufläche Mecklenburg-Schwerins soll 846 435 Hektar...

Wir können auf Grund einer Mitteilung des Finanzamts...

Bei der Veranlagung der endgültigen Einkommensteuer...

Wählt man in Betracht, daß dieses Ergebnis aus der Buch-

Da der „Vorwärts“ die Zuschrift ohne Kommentar ver-

fernden Herdfeuer, trinken Milch und Meth, sättigen sich am...

Aber die Menschen sind hart. Feindselig schließen sie Tür...

Ja, die Geister sind sehr mächtig, wenn sie zornig sind...

Ob aber verwandelt sich die Geister in Biegel, Schlangen...

Wotan, der Windgott, ist mächtig. Man opfert ihm Pferde...

Und dann stellt die sorgsame germanische Bäuerin jeden...

Die Toten sind ja so dankbar. Sie helfen in Stube und...

Samplichau
Opfermahl, 12. u. 13. Dez.
Anfang 1922
Anfang 1922
Anfang 1922

Ludwig-Theater
Taglich 7 1/2 Uhr
Das Ganze

JANUAR-Programm
Anfang 1922

Altmetalle
Anfang 1922

Otto, Lohndruck
Anfang 1922

Karl Rodiek
Anfang 1922

Der Weg der Kommunistischen Internationalen
88 Seiten, Preis: 1,50 Mk., geb. 4.- Mk.

Thesen und Resolutionen des 2. Weltkongresses der Kommunistischen Internationalen
191 Seiten, Preis: 2,50 Mk., geb. 7.- Mk.

Steuerrage und Steuerpolitik
24 Seiten, Preis: 2 Mk.

Zum Jahrestag der proletarischen Revolution in Russland 1917-1921
74 Seiten, Preis: 2.- Mk.

Der gesamte U.-ericaus fällt der Rußland-Hilfe- und der Roten Hilfe zu.
Genossen, Genossinnen, bringt Eure Jugend mit und führt sie der KJ zu.

Genossen!
kauft nur in den Geschäften die bei uns inserieren

W
Karl Rodiek
Der Weg der Kommunistischen Internationalen
Thesen und Resolutionen des 2. Weltkongresses der Kommunistischen Internationalen
Steuerrage und Steuerpolitik
Zum Jahrestag der proletarischen Revolution in Russland 1917-1921

Der Weg der Kommunistischen Internationalen
88 Seiten, Preis: 1,50 Mk., geb. 4.- Mk.

Thesen und Resolutionen des 2. Weltkongresses der Kommunistischen Internationalen
191 Seiten, Preis: 2,50 Mk., geb. 7.- Mk.

Steuerrage und Steuerpolitik
24 Seiten, Preis: 2 Mk.

Zum Jahrestag der proletarischen Revolution in Russland 1917-1921
74 Seiten, Preis: 2.- Mk.

Der gesamte U.-ericaus fällt der Rußland-Hilfe- und der Roten Hilfe zu.
Genossen, Genossinnen, bringt Eure Jugend mit und führt sie der KJ zu.

Genossen!
kauft nur in den Geschäften die bei uns inserieren

Genossen!
kauft nur in den Geschäften die bei uns inserieren

Arbeiter-Zeitung

(Schlesischen Internationale)

Bauernlänger am Werk!

Die den Großagrariern nahestehenden Zeitungen veröffentlichen in den letzten Tagen eine Erklärung von „Kleinbauern“, die dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat angehören. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

Wir unterzeichneten Landleute und Besitzer kleinbäuerlicher Betriebe sind Vertreter derselben im Vorl. Reichswirtschaftsrat. Wir haben in den Ausschüßungen des Vorl. Reichswirtschaftsrats wiederholt Gelegenheit gehabt, uns zu überzeugen, in welcher großer Gefahr der Landbesitz ist. Besonders hatten wir Gelegenheit, Einblick zu erhalten in die Bestrebungen der sozialistischen Parteien, allen ländlichen und städtischen Besitz zu enteignen. Dies wird bewiesen durch die von ihnen gestellten Anträge. Die Enteignung soll nicht etwa nur die größeren Besitzer treffen, sondern uneingeschränkt sämtliche Eigentümer bis zum kleinsten. So steht die Erfüllung der Versprechungen aus, dem Bauer zu helfen, die, um Stimmen zu fangen, von der Sozialdemokratie gegeben wurden. Wir Bauern sollen herunter von unserer Scholle, die unsere Väter durch saueren Schweiß geschaffen und erhalten haben, und die auch wir wieder unseren Kindern vererben wollen; wir sollen Pächter werden, abhängig von der Günt landfremder Einkaufskäufer, wenn möglich, abhängig von landfremden Einbringlingen wie Lenin und Trotsky, die die russischen Bauern in Elend, Not und Tod gebracht haben.

Dagegen hilft nur der festeste Zusammenschluß unseres Standes. Wir haben uns wahrlich schon oft genug überzeugen können, daß es Unterschiede innerhalb unseres Standes, ganz gleich, ob klein oder groß, nicht gibt. Solche Unterschiede werden lediglich durch Entstellungen und herausgegriffene Einzelheiten künstlich in unsere Reihen hineingetragen, um den Klassenkampf innerhalb unseres Standes zu schüren. Leider beteiligen sich an dieser Zerstörungsarbeit auch landwirtschaftliche Verbände, uns zum Unglück, den Gegnern zur Erleichterung und Förderung ihres Wertes. Die Landwirte selbst sollten die unlaute Arbeit der betreffenden Verbände unterbinden.

Die Gefahren, die uns bevorstehen, sind größer und liegen näher, als es die meisten ahnen. Nichts darf uns daher trennen in den schweren Zeiten, die uns bevorstehen. Berufskollegen! Es geht uns Ganzes! Um Haus und Herd! Gegen die Erhaltung des Eigentums wird von vielen Seiten Sturm gelassen. Wir aber wollen bleiben, was unsere Väter waren: freie Bauern auf freier Scholle.

gez. Trübendach, H. Weinberg, H. Kersten, Reinsch, Mannheim, Schermonel, Reuter, Freyberger.

Leider hat nicht auch Freiherr von Richthofen unterschrieben, denn er ist ja im Reichswirtschaftsrat „Vertreter der schlesischen Kleinbauern“, obwohl er von diesen nicht dazu bestimmt ist. Ohne daß sein Name darunter steht, steht doch sein Geist unzweideutig darin. Kein Wunder, daß der Schlesische Land-

bund, dessen Vorsitzender Richthofen ist, diese Erklärung unter folgender Aufschrift verendet:

An alle Herren Ortsvertrauensmänner bzw. Ortsgruppenführer! Die Vertreter des Kleinbäuerlichen Bestandes im Reichswirtschaftsrat haben untenstehende Erklärung abgegeben gegen alle Enteignungspläne des ländlichen Bestandes.

Wir bitten die Herren Vertrauensmänner der Ortsgruppen, umgehende Erklärung von allen bäuerlichen Besitzern bis zu 400 Morgen unterschreiben zu lassen, diese unterschriebene Erklärung sobald als möglich an die Geschäftsstelle ihres Kreiswirtschaftsverbandes bzw. Kreislandbundes zurückzusenden. Schlesischer Landbund.

Es wäre interessant, wenn die „Kleinbauern“ aus dem Reichswirtschaftsrat zugleich angeben würden, ob sie Kleinbauern von 400 Morgen sind. Doch ändert dies an dem Betrag ihrer Erklärung nichts. Es ist ein glatter Schwindel, daß die sozialistischen Parteien die Enteignung des Kleingrundbesitzes fordern. Wir Kommunisten betonen immer wieder, daß beim Klein-Mittelbauer nicht nur sein Besitz erhalten bleiben soll, sondern daß Kleinbetriebe vom Staate unterstützt werden müssen, sei es durch Düngemittel, Maschinen, Futtermittel, sei es durch Landzuteilung auf die Größe selbständiger Ackerbauern.

Die Kulisen, hinter denen die Landhändler spielen, werden von den Kleinbauern, trotz allem Schwindel von „landfremden Einbringlingen wie Lenin und Trotsky“ befeuert geschoben werden. Dem „Schlesischen Kleinbauernbund“ schrieb ein Kleingrundbesitzer auf obige Erklärung: „In Preußen sind bisher die Bauern nur von den Großgrundbesitzern enteignet worden. (Sehr richtig! Denkt an das große Bauernlegen des 15. bis 19. Jahrhunderts. D. Red.) Wer hat denn die Enteignungsgesetze gegen die Polen gemacht und verteidigt? Lenin und Trotsky haben bei uns nichts zu suchen, aber sie haben den russischen Bauern das Land zu Eigentum überlassen. Landbund, du bist durchschaut.“ Wir wissen, daß die Kleinbauern noch keine Kommunisten sind in ihrer großen Masse, aber die Landhändler, mit samt ihrem Kulisenschieber haben sie durchschaut. Wir wollen nicht veräulen, den Landhändler, der in dieser Erklärung zum Ausdruck kommt, den Kleinbauern klar und deutlich vor Augen zu führen. Die Großgrundbesitzer wollen mit Hilfe der Kleinbauern sich um die von den sozialistischen Parteien geforderte Veranrechnung des Großgrundbesitzes und der Industrieunternehmer zur Ausbringung der durch sie verursachten Reichsschulden brüden. Dagegen wollen sie, das beweisen ihre Anträge in den Steueränderungskonferenzen des Reichstages, möglichst alle Steuern auf die Arbeitenden in Stadt und Land abwälzen. Sie fordern hohe indirekte Steuern. Durch diese werden alle Bedarfsartikel enorm im Preise in die Höhe geschraubt, so daß der Arbeiter und Kleinbauer kaum mehr das Notwendigste kaufen kann. Die Folge ist für den Kleinbauer, daß seine Ausgaben größer werden als seine Einnahmen sind aus den wenigen Erparnissen, die er zu Markt bringen kann. Er wird also verschulden, von kapitalkräftigen

9 gespaltene Millimeterzeile ober deren 90 W. Stellen- und Wohnungszeile, und Versammlungsangelegen 0.40 W. Zeile, 3 gespalten oder deren Raum Text 8. - W.

als Retter aus der Hungersnot.

n. S. R. u. Großgrundbesitzer finden sich in letzter Rolle der Retter. Was sie jedoch ihr Geld, ihr heiliger Profit, nicht widerhalte es kürzlich in den Deutschen und darüber beklagte, daß nicht mehr urde. Die „Hilfsaktion“ der Landwirten in Forderungen für die Agrar, soll nämlich garantieren: 1. Die teiln; 2. Schutz des Besitzes, also 3. Schutz gegen Streiks; 4. Steuerkapitalisten. Die Junker und Großbesitzer nach dem Sprichwort: er ist eine Bier, kommt man „ohne ihr“! nicht verwunderlich, daß in der vom 3. Januar 1922 der Ritter-Schönungen, M. d. R., die „Hilfsaktion“ und erweitert. t seiner Rettungsvorschläge zu be-

lich, das nächste Wirtschaftsjahr zu ganz unbedingt angeht unsere der Höhepunkt der Ernährungs. Es kommt daher nicht so sehr auf er Sicht an, sondern es müssen alle rissen werden, um eine rückwärtige, rung der kommenden Ernte zu er-

hochten stehen uns bis zum Beginn noch zur Verfügung. Im Flugelichen sein: Wir befinden uns also fter Stunde!

schlichten Teil der Forderungen des Durchführungs-Vorschläge über Zustimmung zu seinen praktischen. Er führt aus: andwirt weiß ich nur ein Mittel, werden, daß sowohl dem Winter-Sommergetreide und den Futter-Stickstoff als bisher zugeführt

retiker der Landwirtschaft sind sich über Phosphor- und Kalidüngung hiedenheiten bestehen), daß durch anwendung ganz außerordentliche ielt werden können. Andererseits Flächen bisher wenig, zum Teil zu sehen bekommen haben.“

Düngemitteln eine so große Bes arbeitende Volk die Bergesell-ndustrie nachdrücklich zu fordern. tsprechend ist, daß die Nichtver- id ausreichend produzierten Stic-kestig meistens aus Unkenntnis der beß vielfach aus Kapitalmangel, iinzpreise über die Bereicherung h vorhanden ist“, entpringt. Der uernturns ist sich der Wirkung der ch des Stickstoffes, wohl bewußt, er an mangelnder Aufklärung als er kleinen Bauern, da ihre Pro-eigenen Haushalt erfolgt und nur te auf den Markt gebracht werden

sem Zusammenhang darauf hin-ter Genosse Kenneke in seiner neitagsstunde am 17. November 1921 für die Klein-Grundbesitzer Lieferung von billigen künst-lichen Düngemitteln forderte. Die Zustimmung der Freunde von der „Deutschen Tageszeitung“ blieb aller-dings aus. Anders ist es bei den Großgrundbesitzern: betreffs Nicht-anwendung von Stickstoff, wie allgemein von künstlichen Düngemitteln. Sie fanden es rentabler, von der intensiven Wirtschaft zur extensiven, zur Weidewirtschaft oder Brack-legung überzugehen, wobei der politische Gesichtspunkt — die Regierung auf die Feme zu zwingen, das Kleinbauerntum im Kampf für großagrarisches Wucherstreben ins politische Fahr-wasser der Agrarkapitalisten zu bringen — keine untergeordnete Rolle spielte.

nen. Sie bearbeiten den Flach auf den Feldern. Sie sorgen, daß der Faden beim Weben nicht reißt, sie halten das Vieh gesund, sie verschonen das Ungeziefer. Und wenn ein böser, roter Funtz aus dem Herdfeuer in das Stroh springt, um heimlich fortzuglimmen und plötzlich, um Mitternacht, in heller Leuchte emporzukommen. Fingst sind die guten Hauskohlbe zur Hand, trappen das Hütlein aus, ehe es noch geizndel.

Darum holt an Festtagen der Bauer zwischen Hell und Dunkel ein junges Bäumchen aus dem Wald. Bäume sind ja der liebste Aufenthalt der Geister, sie wispern und raunen darin, wie die Weiter mit den Blättern und Zweigen. Im Frühling sind es grüne Maicen. Man stellt sie vor die Haustür oder mitten auf den Dorfplatz. O du lustiger Maibaum, in dessen Zweige man Würste und Brezeln hängt, damit auch die lustigen Geistlein mithalten können beim großen Festschmaus der ausziehenden Hirten und Krieger.

Im Winter aber, wenn Birke und Buche lahl sind, da grünt noch der Tannenbaum. Den stellt man sorglich in die warme Stube auf den gekampten Estrich. Kleine Ampeln mit Fett und gedrehtem Docht kommen ins Gezwieg, kleines Gebäud aus Mehl und Honig wird aufgehängt, oft in der Form eines Pierdes, des heutigen Hauskieres, oder eines Männleins, in Erinnerung einstiger blutiger Menschenopfer.

Drei große Festzeiten kennt der altgermanische Bauer, nach denen er das Jahr einteilt. Die eine beginnt mit dem Frühling, wenn die Tage länger werden und der Schnee schmilzt, und der sorgsame Hausvater den Schaden der Winterstürme besteht. Viel gibt's am Strohdach und an den leichten Schwänzen zu bessern. Auf die Flüg wird inhaud gelegt, die jungen Kämmer kommen auf die Weide, und Freund Aebbar, der roßbeinige Gageholz, ist zurückgekehrt, lappert vom Dach und schätzt das Gaus vor Blühschlag.

Die Markgenossenschaft hat jetzt viel zu beraten. Die Acker-lände werden neu verlost, Händel werden geschlichtet, der An-tries des Viehs auf die Sommerweiden festgesetzt. Die gesamte waffenfähige Mannschaft wird streng auf ihre Tüchtigkeit ge-prüft. Greise und Kranke werden ausgeschieden, der jüngste

Jahrgang muß harte Mannbarkeitsproben bestehen. Auch die Ehen werden jetzt gefügt. Im März oder Mai ruft der Gau-fürst zur großen Volkerversammlung, zum „Ding“, jeder Hausvater erscheint dort in Wehr und Waffen. Diese ganze Zeit vom März bis Mai also ist eine einzige hohe Zeit, „Hochzeit“. Und wenn man nach getaner Beratung, nach gelungenem Waffen-tang, bei fröhlicher Heirat oder nach ernstem „Ding“ sich zum Schmeiche lagert, da halten die Geister mit, unsichtbar hockend im Gezwige des Maibaumes, heimlich tönd von den ledern Opfergaben. Aber wenn die Sonne am höchsten steigt, dann ist die „Hochzeit“ zu Ende. Der Maibaum vertritt, dann werden große Feuer angezündet, der Maibaum wird verbrannt, mit Tanz und Gesang wird von den Seelen Abschied ge-nommen.

Die harte Sommerarbeit ist vorbei, kriegerischer Feldzug und Ernte sind zu Ende. Die Hirten treiben die Herden wieder ins Dorf. Erneut tritt die Markgenossenschaft zusammen, sei es unter der heiligen Linde, sei es unter einem besonders erri-cteten Maibaum. Wieder gilt es, zu ordnen, zu schlichten. Man muß den Winter vorbereiten.

Nicht die ganzen Herden kann die Gemeinde über den Win-ter durchfüttern. Trodenfutter kennt der altgermanische Bauer kaum. Also hebt ein gelimmes Schlachten an. Der Winter ist lang, man braucht Vorräte. Darum wird gepöckelt, geräuch-ert, gewürfelt. Die Häute werden verarbeitet zu Leder, die Schaffelle zu Kleidungsstücken. Zumal die Schweine müssen daran glauben. Nur einige Sauen und der Zuchteber bleiben übrig.

Die „Hochzeit“ im Herbst ist also in der Hauptsache ein großes Schlachtfest, wobei man sich an Kesselfleisch, an Mett und süßem Bier gütlich tut. Sang und Tanz erschallt im Dorf. Die heilige Kirche macht später ihre Kirchweih daraus.

Der Winter hat den Festen ein Ziel gesetzt. In den engen verträucherten Blühbüten sitzen Männlein und Weiblein, um das flackernde Herdfeuer. Die Männer vertreiben sich die Zeit mit Würfelspiel mit dem Erzählen von Jagd- und Kriegsgeschichten. Wächtig wird da aufgeschritten. Und je öfter be-

Funktionären des Metallkartells besuchte Versammlung be-schloß nach reger Diskussion, das Reichsarbeitsministerium zwecks Einsetzung eines Schiedsgerichts anzurufen.

Vor neuen Kohnkämpfen in Köln?

Wie die „Kole Fahne“ meldet, sind im Kölnischer Industriegebiet große Betriebsstörungen vorgenommen. In Arbeiterkreisen macht sich eine große Beunruhigung bemerkbar, da angenommen wird, daß der Kohlenmangel seitens der Unternehmer lediglich vorgekürzt wird, um einem großen Kohnkampfe der Metallarbeiter aus dem Wege zu

Beide Punkte sowie ein Swepper kamen zu 200. Drei Arbeiter, von denen jedoch einer bereits verstorben ist, wurden schwer verletzt. Die Arbeiter waren mit elektrischen Lampen, die Beamten mit Benzinsicherheitslampen ausgerüstet. Die Schlagwetter sind entweder durch Funkenbildung beim Losnehmen eines Fahrrad oder durch eine der Benzinsicherheitslampen entzündet worden, was noch festzustellen sein wird.

„Der junge Genosse“ beschlagnahmt.

Wie die „Kole Fahne“, das Organ der österreichischen Kommunistischen Partei, meldet, hat die Polizei die kommunistische Zeitschrift für proletarische Kinder „Der junge Genosse“ beschlagnahmt.

neitagsstunde am 17. November 1921 für die Klein-Grundbesitzer Lieferung von billigen künst-lichen Düngemitteln forderte. Die Zustimmung der Freunde von der „Deutschen Tageszeitung“ blieb aller-dings aus.

Genosse Niebel verweist das Vorgehen der Opposition, die...
Die am 4. Januar 1922 stattgefundenen Mitgliederver-

Die Organisationen werden, wenn auch nicht in dem Um-

als Stellvertreter Sportgenosse S. Williger, Lüben, als Bezirks-

Gewerkschafts-W

Zum Abschluß des Eisen...
Von einem Eisenbahner wird...

Was wurde von den Eisenbahn...

Zu Punkt 2 werden noch...

Die Punkte 4 und 5 verhe...

Der Punkt 6 besagt kategor...

Boden- und Industrieprivatisten...
Die Kleinrentner...
Die Frage steht eindeutig: Ist...

Erhöhung der Düngemittelpreise.

Nachdem die Preise für Stickstoffdüngemittel vor zirka...

Rohstoff	von 15,50 Mk. auf 23,- Mk.	Prozent
Schwefel. Ammonial (nicht gedarrt und nicht gemahlen)	17,40	25,80
Schwefel. Ammonial gedarrt u. gemahlen	18,-	26,40
Natronsalpeter	24,-	31,20

Ferner hat der Reichsrat am 7. Dezember einen An-

Trotz der Preissteigerung ist für die Landwirtschaft ein...

Vollkornbrot mit die gesamte...
Kontrolle der Verhältnisse...

Guter Weizenboden - zur Kiefernbaumung!

Ein führender Landwirt schreibt uns:

Seit Beginn des Krieges wird von den Neuliegenden...

Die Kiefernbaumung auf den 360 Morgen gehen...

Er hat gleichzeitig mehrere Fliegen mit einer...

Sollte man heute in der deutschen Republik solchen...

Ein Ordeish-Waffenmeß ausgetrieben.

In Löwenberg wurde in einem Schuppen hinter der Villa...

Einzelhandel...

Liedsch-Theater...

Allmetalle...

Riederbüchse...

Handbuch...

W...
K...
R...
S...
L...
D...
B...
G...
H...
K...

Der Weg der Kommunistischen Internationale...
Thesen und Resolutionen des 2. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale...

Zu beziehen durch Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 11...

Rußland-Hilfe und der Roten Hilfe...
Genossen, Genossinnen, bringt Eure Jugend mit und führt sie der KJ zu.

Genossen! kauft nur in den Geschäften, die bei uns inserieren.

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlessen (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugpreis: Einzelnummer 50 Pf. Durch Austräger 2.20 Mk. pro Woche, 9.— Mk. pro Monat. Durch die Post 9.— Mk. pro Monat. Sprechstunden für die Redaktion: Nachmittags 5—6 Uhr. Produktionsgenossenschaft für die Provinz Schlessen, e. G. m. b. H., Breslau, Postfachkonto Nr. 81059. — Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 8837.

Sonnabend, 7. Januar 1922

Anzeigenpreise: Die 8spaltige Millimeterzeile über deren Raum 0.80 Mk., auswärts 0.90 Mk. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Verleih- und Veranlagungsanzeigen 0.40 Mk. Retikame: Die Millimeterzeile, 8spaltig über deren Raum im Text 3.— Mk.

Auf, zur Rettungsaktion der spanischen Revolutionäre!

Die bürgerliche Presse meldete vor einiger Zeit, daß die Verhandlungen der Wirth-Regierung mit den spanischen Arbeitermördern über die Auslieferung der beiden in Deutschland eingekerkerten spanischen Genossen kurz vor dem Abschluß stehen. Nun ist dieser Abschluß in glorreicher Weise erreicht. Wie Rechtsanwält Kurt Rosenfeld mitteilt, sollen die Genossen Luis Nikolai Fort und seine Frau den spanischen Behörden, d. h. dem sicheren Tod ausgeliefert werden.

Die französische kommunistische Zeitung „Internationale“ schrieb in diesen Tagen:

„Die Auslieferung Forts und seiner Frau würde bedeuten, daß die internationale Polizei, dem Protest der Arbeiter zum Trotz, sogar das Recht der kapitalistischen Staaten durchbricht. Nicht würde dann Horthy verhindern, die Auslieferung der ungarischen kommunistischen Flüchtlinge zu verlangen. Nichts würde die Weltsaktion verhindern, in jedem Winkel der Erde die politischen Flüchtlinge zu fordern, um sie hinzumorden. Das Asylrecht muß verteidigt werden. Die deutschen Gewerkschaften haben nichts getan, um es zu verteidigen. Abgesehen haben nirgendwo anders die großen Gewerkschaftsorganisationen etwas für die spanische Proletarier getan. Wenn das geplante Verbrechen ausgeführt wird, fällt auf sie eine schwere Verantwortung.“

Unsere französischen Genossen haben Recht. Eine ungeheure, weltgeschichtliche Verantwortung liegt jetzt auf den Schultern der deutschen und vor allem der Berliner

Arbeiter. Sie, die jetzt allein die Auslieferung der spanischen Brüder verhindern können, dürfen nicht dulden, daß ihr guter Name in der ganzen Welt durch eine unauslöschliche Schande besudelt wird, indem sie der Auslieferung ruhig zusehen werden. Auf, zur Rettungsaktion! Drängt auf Eure Instanzen, auf die Gewerkschaften, fordert von ihnen eine sofortige Einleitung der entsprechenden Schritte. Das ganze deutsche Proletariat soll einig und stark sein in dem Ruf: Wir dulden es nicht!

Schon vor Tagen trat unsere Partei an die U.S.P. in Berlin mit dem Ersuchen heran, eine gemeinsame Protestversammlung der Groß-Berliner Arbeiterschaft gegen die geplante Auslieferung zu veranstalten. Damals antwortete uns die U.S.P., daß sie noch nichts Positives über die Auslieferung wisse, man wolle aber die R.P.D. anrufen, sobald in dieser Frage Klarheit herrsche. Am 5. Januar rief aber die U.S.P. in Berlin selbständig zu einer Protestversammlung auf, um, wie die „Rote Fahne“ sich ganz recht ausdrückt, den billigen Triumph zu ernten, in dieser Angelegenheit allein zu marschieren.

Wir halten solche diplomatischen, aus rein egoistischen Parteinteressen entstehenden Tricks in dem gegenwärtigen Moment für gemeinschädlich. In dem Augenblick, wo die Köpfe unserer Genossen auf dem Spiel stehen, müssen wir eine derartige Sabotage der proletarischen Einheitsfront als ein unverantwortliches Manöver unverantwortlicher Führer bezeichnen.

Die Junter als Retter aus der Ernährungskrise.

von H. R. u.

Die Junter und Großgrundbesitzer finden sich in letzter Zeit besonders wohl in der Rolle der Retter. Was sie jedoch zu retten suchen, ist ihr Geldsäck, ihr heiliger Profit. „Hilfsaktion der Landwirtschaft“ wiederholte es kürzlich in allen bürgerlichen Zeitungen, voran in der „Deutschen Tageszeitung“, die sich noch darüber beklagte, daß nicht mehr Geschrei darüber gemacht wurde. Die „Hilfsaktion“ der Landblinder besteht im wesentlichen in Forderungen für die Agrarkapitalisten. Das Reich soll nämlich garantieren: 1. Die Lieferung von Düngemitteln; 2. Schutz des Besitzes, also keine Sachverwertung; 3. Schutz gegen Streiks; 4. steuerliche Schonung der Agrarkapitalisten. Die Junter und Großgrundbesitzer handeln von jeher nach dem Sprichwort:

Bescheidenheit ist eine Tugend, doch weiter kommt man „ohne ihr“!

Deshalb ist auch gar nicht verwunderlich, daß in der „Deutschen Tageszeitung“ vom 3. Januar 1922 der Fittig-Guttschlag-Schlange-Schönungen, W. b. R., die „Hilfsaktions“-Vorschläge unterschreibt und erweitert.

Um die Dringlichkeit seiner Rettungsvorschläge zu beweisen, schreibt er:

„Wie ist es möglich, das nächste Wirtschaftsjahr zu überwinden, in dem ganz unbedingt angefangen unserer Zahlungsfähigkeit der Höhepunkt der Ernährungs- und Wirtschaftskrisis eintreten wird? Es kommt daher nicht so sehr auf Maßnahmen von langer Sicht an, sondern es müssen alle denkbaren Mittel ergriffen werden, um eine rechtzeitige, ganz erhebliche Steigerung der kommenden Ernte zu erzielen!“

Zehn bis zwölf Wochen stehen uns bis zum Beginn der Frühjahrbestellung noch zur Verfügung. Im Fluge werden auch die verstrichen sein: Wir befinden uns also wieder einmal in zwölfter Stunde!“

Er wir zum hauptsächlichsten Teil der Forderungen des Herrn Schlange, zu deren Durchführungsvorschläge übergeben, wollen wir uns der Zustimmung zu seinen praktischen Äußerungen nicht enthalten. Er führt aus:

„Als praktischer Landwirt weiß ich nur ein Mittel. Es muß durchgeföhrt werden, daß sowohl dem Wintergetreide als auch dem Sommergetreide und den Futterschlagen erheblich mehr Sticksstoff als bisher zugeführt wird!“

Praktiker und Theoretiker der Landwirtschaft sind sich darüber einig (während über Phosphor- und Kalibindung manche Meinungsverschiedenheiten bestehen), daß durch die ausreichende Stoffanwendung ganz außerordentliche Ertragssteigerungen erzielt werden können. Andererseits ist bekannt, daß weite Flächen bisher wenig, zum Teil noch gar keinen Sticksstoff zu sehen bekommen haben.“

Weil den künstlichen Düngemitteln eine so große Bedeutung zukommt, hat das arbeitende Volk die Bergeschaffung der Düngemittelindustrie nachdrücklich zu fordern. Weniger den Tatsachen entsprechend ist, daß die Nichtverwendung des in Deutschland ausreichend produzierten Sticksstoffes beim bäuerlichen Besitz meistens aus Unkenntnis der Wirkung, beim Großgrundbesitz vielfach aus Kapitalmangel, der trotz allen Geschreis der Linkspresse über die Verelendung der Landwirtschaft tatsächlich vorhanden ist, entspringt. Der größte Teil des heutigen Bauerntums ist sich der Wirkung der künstlichen Düngemittel, auch des Sticksstoffes, wohl bewußt. Der Haken sitzt aber weniger an mangelnder Aufklärung als an mangelnder Kaufkraft der kleinen Bauern, da ihre Produktion vornehmlich für den eigenen Haushalt erfolgt und nur ein geringer Teil der Produkte auf den Markt gebracht werden kann.

Vielleicht darf in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, daß unser Genosse Kemmele in seiner Reichstagsrede am 17. November 1921 für die kleinen Grundbesitzer Lieferung von billigen künstlichen Düngemitteln forderte. Die Zustimmung der Freunde von der „Deutschen Tageszeitung“ blieb allerdings aus.

Anderes ist es bei den Großgrundbesitzern betreffs Nichtanwendung von Sticksstoff, wie allgemein von künstlichen Düngemitteln. Sie fanden es rentabler, von der intensiven Wirtschaft zur extensiven, zur Weidewirtschaft oder Bracklegung überzugehen, wobei der politische Gesichtspunkt — die Regierung auf die Knie zu zwingen, das Kleinbauerntum im Kampf für großagrarische Wucherfreiheit ins politische Fahrwasser der Agrarkapitalisten zu bringen — keine untergeordnete Rolle spielte.

Die Freiburger Uhrenarbeiter zum Streik bereit.

Die Arbeiter der Uhrenindustrie in Freiburg i. Schlei nahmen in einer Riesensammlung Stellung zu dem Urteil des Schlichtungsausschusses Rotweil i. Schwarzwald, das den Arbeitern in der Uhrenindustrie eine Steuererhöhung von 30% zuspricht. Die Unternehmer im Schwarzwald haben bisher diesem Spruch noch nicht zugestimmt. Die Unternehmer in Freiburg haben gegenüber dem Betriebsrat erklärt, daß sie jede Forderung kategorisch ablehnen. In der Betriebsversammlung wurde beschlossen, mit allen Mitteln die Forderung durchzusetzen. Bei einer Urabstimmung wurde fast einstimmig beschlossen, möglichst mit den Uhrenarbeitern im Schwarzwald gemeinsam in den Streik zu treten.

Neue Lohnkämpfe im Reich.

Die Lohnforderungen der Berliner Metallarbeiter abgelehnt.

Der Verband Berliner Metallindustriellen hat die vom Metallkartell eingereichten Lohnforderungen rundweg abgelehnt. In den Verhandlungen erklärten sich die Unternehmer nur bereit, die Dezemberlöhne für Januar weiter zu zahlen, ja, sie kündigten sogar einen Lohnabbau an.

Eine am Dienstag abend tagende, von über 2500 Funktionären des Metallkartells besuchte Versammlung beschloß nach reger Diskussion, das Reichsarbeitsministerium zwecks Einsetzung eines Schiedsgerichts anzurufen.

Vor neuen Lohnkämpfen in Köln?

Wie die „Rote Fahne“ meldet, sind im Kölnischer Industriegebiet große Betriebsversammlungen vorgenommen. In Arbeitkreisen macht sich eine große Beunruhigung bemerkbar, da angenommen wird, daß der Kohlenmangel seitens der Unternehmer lediglich vorgeführt wird, um einem großen Lohnkampf der Metallarbeiter aus dem Wege zu gehen.

Bäckerstreik im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Am 15. Dezember war vom Schlichtungsausschuss in Dortmund ein Schiedspruch gefällt worden, der für Bäckerarbeiter eine Lohnerhöhung von 120 Mark die Woche vorsah. Dieser Schiedspruch ist vom Verband deutscher Brotfabrikanten mit der Begründung, daß diese Lohnerhöhung bei der letzten Brotpreiserhöhung nicht berücksichtigt worden sei, abgelehnt worden. Es wurde daher eine neue Brotpreiserhöhung von 15 Pfennigen für das dreispündige Brot zur Abgeltung der Lohnerhöhung von der Regierung verlangt, die eine neue Preiserhöhung aber ablehnte. Ein von den Gewerkschaften an die Brothersteller gerichtetes Ultimatum lief am 4. Januar abends ab. Wie die Effener „Allgemeine Zeitung“ erfährt sind die Bemühungen zur Verhinderung des Ausstandes ergebnislos gewesen. Voraussichtlich wird heute nicht nur in Essen, sondern auch in Düsseldorf, Duisburg, Elberfeld, Homborn und Oberhausen die Arbeit in den Großbäckereien ruhen. Vermutlich werden durch den Streik auch die Bäckereien der Großkonsumvereine in Mitleidenschaft gezogen.

Bergwerksunglück in Westfalen.

Vier Personen durch eine Schlagwetterexplosion getötet.

In der Mittagschicht am 2. Januar sind auf der Schachta Lage Lothringen 4 in der Bremskammer eines Aufzuges über der zweiten Sohle vier Arbeiter und zwei Beamte von einer Schlagwetterexplosion getroffen worden. Beide Beamte sowie ein Schlepper kamen zu Tode. Drei Arbeiter, von denen jedoch einer bereits verstorben ist, wurden schwer verletzt. Die Arbeiter waren mit elektrischen Lampen, die Beamten mit Benzinleuchtampfen ausgerüstet. Die Schlagwetter sind entweder durch Funkenbildung beim Losweihen eines Zahnrades oder durch eine der Benzinleuchtampfen entzündet worden, was noch festzustellen sein wird.

„Der junge Genosse“ beschlagnahmt.

Wie die „Rote Fahne“, das Organ der österreichischen Kommunistischen Partei, meldet, hat die Polizei die kommunistische Zeitschrift für proletarische Kinder „Der junge Genosse“ beschlagnahmt.

Wie die großagrarisches Wirtschaftsabsolutismus neben wirtschaftlichen vor allem auch politischen Zwecken diene, so soll der Preis zum Aufgeben der Sabotage neben wirtschaftlicher auch politische Stärkung des Agrarkapitals sein. Schlangel fordert deshalb:

Man gebe dem Landwirt die Sicherheit, daß er bei Anwendung des so ungeheuer im Preise gestiegenen Stickstoffes keinen finanziellen Mißfall erleidet."

Es ist etwas verwunderlich, wenn die Herren Großagrarien gerade durch Ankauf von Stickstoff einen finanziellen Mißfall befürchten. Sind doch die Stickstoffpreise seit 1913 um etwa das Zwanzigfache gestiegen, während die Preise für Getreide auf freiem Markt rund auf das Vierzigfache gegenüber 1913 gestiegen sind. Bei Kartoffeln und Zuckerrüben ist die Steigerung der Preise noch höher.

Welches sind nun die geforderten Sicherheiten des Mittergutbesitzers Schlangel, von denen die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion abhängig gemacht wird?

1. Die Getreideumlage soll beseitigt werden. Der verhängnisvolle Schlag wäre die Fortführung des Umlageverfahrens, für das in Regierungskreisen unter dem Druck der Straße geliebte Umlage wird.

Schärfste Kampfanlage an das Proletariat fordern die Agrarkapitalisten von der Regierung. Wenn die Herren die Lammgebäude des Proletariats nur nicht etwa überschätzen! Freilich sehen wir Kommunisten in der jetzigen Regelung keineswegs die glückliche. Das Industrieproletariat hat kein Interesse daran, die Kleinbauern, die unter dem jetzigen Umlageverfahren am meisten leiden, zugrunde zu richten. Deshalb muß eine Neuregelung dahingehend getroffen werden, daß das erforderliche Getreide beim Großgrundbesitz erfaßt wird. Mit durchgreifenden Mitteln muß die Regierung die großagrarisches Sabotage brechen, indem schlecht bewirtschaftete Güter rücksichtslos enteignet werden, ohne jede Entschädigung zu staatlichen Gütern verwandelt werden.

Die Forderung nach Beseitigung des Umlageverfahrens muß ebenfalls politisch gewertet werden. Das Großagrariertum sucht damit das Kleinbauertum bei ihrer Fahne zu halten, was ihnen in letzter Zeit allerdings durch ihre Steuerpolitik ziemlich schwer fällt. Deswegen ist es Aufgabe des städtischen Proletariats, für Befreiung des Kleinbauertums, für stärkere Heranziehung der Großagrarien bei der Umlage einzutreten.

2. Fordert Herr Schlangel, mit Hinweis auf die Möglichkeit eines Sinkens der Weltmarktpreise infolge Absatzmangel des Auslandes und dem damit verbundenen Einbringen ausländischer Konkurrenz: „Es würde wahrhaft zweckmäßig sein, wenn das Reich dem Landwirt nicht Höchstpreise setzt, sondern Mindestpreise garantiert.“

An Stelle der früheren Schutzölle soll also treten: Garantie der großagrarisches Profit durch das Reich, d. h., durch die Steuergrößen des arbeitenden Volkes, während, ein wenig befeuchteter Mitter von Ar und Palm. Es kommt aber noch besser.

3. Es darf im nächsten Jahre (soll heißen in diesem Jahre, die Red.) kein Streik mehr auf dem Lande vorfallen! Da der Umlage ein Antistreikgesetz angeblich nicht gerade die ohnedies empörte Arbeiterschaft befähigen würde, schlägt Schlangel der Regierung vor, mit sämtlichen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer (auf die Salariatsdienste der Bürokraten des D.L.B. gehen die Großagrarien ja nie umsonst ihre Hoffnung, die Red.) an den Verhandlungstisch zu setzen, um einige bindende Beschlüsse zu fassen. Er ist sogar großzügig und sagt: „Beschlüsse, bei denen die Rechte der Arbeitnehmer durchaus nicht zu kurz zu kommen brauchen.“

Wenn der Wille vorhanden ist, den Landarbeitern auskömmliche Löhne, menschliche Behandlung und Wohnung, geringere Arbeitszeit, politische Koalitionsfreiheit usw. zu geben, lauter Rechte, für die die Landarbeiter kämpfen, dann wissen wir einen kürzeren Weg zur Beseitigung des Streiks, nämlich: daß die Großagrarien dies alles kurzweg bewilligen. Doch können lassen sich die Landarbeiter nicht mehr, auch nicht durch D.L.B.-Bürokraten. Selbst das schöne Gewand, das Herr Schlangel seinen wirtschaftlichen und politischen Forderungen im Interesse des Agrarkapitals umhängt, „Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion“ nennt, kann nicht täuschen. Man braucht nicht einmal das geübte Auge des Herrn Brunner zu haben, um dahinter die Realität des großagrarisches Profitinteresses in voller Deutlichkeit zu erkennen. Weiter des jauchenden Schreies, aber nicht Akt der arbeitenden Volkes aus der durch die Industrie- und Agrarkapitalisten verursachten Ernährungsnot, ist das weiche Gesicht.

Verichtigung.

In dem gestrigen Artikel des Genossen P. M. Die theoretische Grundlage und die Entwicklungstendenzen der KPD haben sich unrichtigliche Druckfehler eingeschlichen. Auf der zweiten Seite, zweite Spalte oben muß es heißen: „Das neue nicht alles trägt, nur es sein je ergehen, nur es einen Versuch ergehen, der sich erproben muß.“ Durch die KPD von Jahre 1900 (nicht 1901) von 1900. In derselben Spalte unten ist ein Druckfehler, der unbedingt berichtigt werden muß, weil sonst der Sinn des ganzen theoretischen Artikels ins Gegenteil verkehrt wird und er unverständlich wird. Es muß dort heißen: „Das Sprungbrett für die Arbeit der KPD, die ohne Partei national wie international im Bewußtsein begriffen ist. Es trägt nicht anders, sondern es ist ein Stück der Überwindung der Weltanschauung (nicht „Bewußtsein“ das das Gegenteil ist).“ In demselben Artikel wird jeder einflussreiche Leiter des Arbeiterpartei genannt und schließlich auch der Vorsitzende selbst genannt. In Schluß.

Politische Übersicht.

Wie die Staatsform „geschützt“ wird.

Die deutsche Republik ist ein ganz besonderes Ding. Ihr Schutz ist auf allen Gebieten äußerst mangelhaft. Sie hat eine Wehrmacht, deren Flinten und Bajonette sich allzu leicht über Nacht gegen sie selbst wenden könnten. Der strafgerichtliche Schutz, den sich die Republik jetzt in Anpassung des St.-G.-B. an das Verfassungsrecht schaffen will, ist schon von vornherein durchlöcherigt. In dem wichtigsten Paragraphen des Gesetzes, der jetzt veröffentlicht wird, fehlt überhaupt das belangreiche Wortchen „Republik“ oder „republikanisch“ und es wird nur die „verfassungsmäßige Staatsform“ mit Gefährdungandrohung oder G.I.-Strafe geschützt. Es scheint, daß man dem Gesetz schon in seinem Wortlaut eine so beidnähige Fassung geben wollte, daß man über die Scheinrepublik hinaus auch eine wiederkehrende Monarchie dazwischen einbegreifen könnte. Der „Volksanzeiger“ versteht denn auch den Sinn des Gesetzes bereits dahin, daß neben der republikanischen Flagge schwarz-rot-gold auch das monarchistische schwarz-weiß-rot geschützt werden solle. Eine Verhöhnung, die sich die Republik mit allen ihren politischen und gesetzgeberischen Maßnahmen vollaus verdient hat.

Wie beim Rapp-Butsch.

Zu kleinen hat sich ein wichtiger Vorgang des Rapp-Butsches wiederholt. Bekanntlich hatte ein besonders tüchtiger Beamter des Berliner Polizeipräsidenten seinerzeit den Hauptverdächtigen der Rapp-Verdächtigen in der Schellingstraße, die so genannte „Nationale Vereinigung“ vor der bevorstehenden Hausdurchsuchung gewarnt, so daß mit den wichtigsten Papieren auch die Bauer, Lüttrich und Pabst verschwinden konnten. In Kottbus ist ein gelehriger Schüler dieses Vorganges. Bei einer Waffensuche ließ die Polizei den Hauptverdächtigen, Reichsbankbeamten Antekuffel, auf freiem Fuß und verhängte so geschehen, daß ein gefährliches rechts-putschistisches Wespennest, gründlich ausgehoben wurde. Man begnügte sich mit der Wegnahme einiger Säcke voll Militärausrüstungen, Stahlhelme, Patronentaschen usw. Fehlt nur noch, daß man die Untersuchung einer kappistischen Behörde überträgt, wie man ja jetzt auch die Untersuchung gegen die Geheimorganisation „Konsul“ (Ehrhardt) ausgerechnet einem Münchener Gericht übertragen hat. Die rechtzeitige Warnung der Kappisten sowohl wie der Mörder Erzbergers erweckt weitgehendes Vertrauen bei den verschiedenen Polizei- und Justizbehörden, denen derartige Untersuchungen überlassen werden. Ihren vaterländischen Eifer können sie dann auch am besten dadurch bewähren, daß sie ausgemacht dumme Jungentreiche, wie das „Bombenattentat“ von Dintelshöh politisch auswerten und in fortgesetzter Eigenkampagne den Kommunisten in die Schuhe zu schieben versuchen. Es gibt immer noch genug Dumme, die darauf hineinfallen!

Es wird weiter verhaftet.

Zu Bürgel bei Jena, wo er sich krank in Urlaub aufhielt, wurde Genosse Buhler-Merzbach verhaftet. Seine Verhaftung wurde laut Haftbefehl in Zusammenhang gebracht mit der Kommunistenfrage, die dieser Tage in Kassel veranfaßt wurde. Nachdem aber die staatsanwaltliche Aktion in Kassel, die auf verkleumdliche Denunziation rechtssozialistischer Führer zurückzuführen ist, ebenfalls zusammengebrochen ist und sämtliche Behauptungen in Kassel wieder auf freien Fuß gelegt worden, muß auch die verpöbelte Aktion gegen den erkrankten Genossen als völlig grundlos schleunigst zurückgenommen werden. — Endlich hat man sich auch dazu entschlossen, die Genossen Krüger-Halle, die durch die weiße Justiz wegen Samartendienstes bei der Märzaktion zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, aus dem Franzosenhans in Sagan (Schlesien) mit bedingter Verurteilung zu entlassen. Mit ein paar Verurteilungen sind aber die Wutungen der Schandjustiz noch keineswegs beseitigt. Wir verlangen Amnestierung aller politischen Gefangenen, die für die Befreiung der Arbeiterklasse gekämpft haben. Dieser Forderung schließt sich jetzt auch in der „Mode“ Hermann Wendel mit der Formulierung an: „Amnestierung sofort — und nicht unter Halbheiten und nicht mit Schwanzschwänzen vor den Augen!“ Was sagen Wendels Parteigenossen Gert und Rabensch dazu?

Die republikanische Justiz.

Landgerichtsdirektor Weitzel in Potsdam hatte im Dezember vorigen Jahres in einem Ehegerichtsverfahren einer Diktatorfamilie die Frau Prinzessin Edel Friedrich auf dem Landgericht in Potsdam zu verurteilen. Für diese Verurteilung genügt natürlich der gewöhnliche Protokollführer nicht und ein höherer Straf wurde während der Abwesenheit der „hohen Frau“ dessen Funktionen übernehmen. Der „gewöhnliche“ Protokollführer war aber der durchaus unmaßgeblichen Meinung, daß in der Republik ein Frage soviel wert ist wie der andere und fühlte sich in keiner Hinsicht schwer gedrückt. Auf die Beschwerde förmlicher Gerichtsbeamten hat der zuständige Landgerichtsdirektor ein Disziplinarverfahren gegen sich selbst eingeleitet. Der Reichsgericht und Justizminister Rabensch hat sich aber heilt, dem Herrn mitzutun, daß er sehr richtig gehandelt hat, wenn er die Frau Prinzessin mit anderen Frauen nicht wie die gewöhnlichen Erblichen Demagogen in das Disziplinarverfahren eingestuft worden, und das „von Rechts wegen“.

Das ist das praktische Ergebnis der von der Arbeiterpartei geforderten und sogar von der SPD unterstützten Forderung, die unabhängig der Erzbergerantwortung erhoben wurde, eine Einsetzung unter dem Kaiserstand vorzunehmen und alle unmaßgeblichen und monarchistischen Justizbeamten zu entlassen.

Und es ist das praktische Ergebnis der von der Arbeiterpartei geforderten und sogar von der SPD unterstützten Forderung, die unabhängig der Erzbergerantwortung erhoben wurde, eine Einsetzung unter dem Kaiserstand vorzunehmen und alle unmaßgeblichen und monarchistischen Justizbeamten zu entlassen.

Sowjet-Rußland und Deutschland.

Die Reichsminister „Kremlin“ äußert sich zu dem Plan der französischen Diplomaten, daß Rußland von Deutschland eine Kriegserklärung einreichen soll, um auf diese Weise einen Einblick in die Gründe zu erhalten. Damit wollen sie zeigen,

Deutschland und Rußland einen Keil treiben und Sowjetrußland in den Augen des deutschen Proletariats diskreditieren. Unter diesen Umständen hängt sehr viel von dem Verhalten Deutschlands ab, das von allen Seiten von den Barrieren der Entente umgeben ist. Durch den Gang der Ereignisse muß Deutschland dazu kommen, die Notwendigkeit einer Reihe von Zugeständnissen an Sowjetrußland einzusehen, die sich zum Schluß als für Deutschland selbst vorteilhaft erweisen werden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß ohne eine starke Entwicklung des Warenaustausches zwischen Rußland und Deutschland das letztere zu einem ebenso traurigen Vegetieren verurteilt sein würde wie Oesterreich. Die internationale Lage trifft das proletarische Rußland als eine der stärksten Faktoren der Weltpolitik und das Verhalten der Siegerstaaten zu den Besiegten und untereinander ist ein solches, daß das Schwergewicht Rußlands sich immer mehr automatisch vergrößert.

Der Rätekongreß über die „Russische Kommission“ zur Bekämpfung der Gegenrevolution.

Der neunte Allrussische Rätekongreß hat sich mit den neuen Aufgaben der „Allrussischen Kommission“ (Politische Polizei des russischen Sowjetstaates) im Zusammenhang mit dem neuen Kurs der Räteregierung beschäftigt. In der angenommenen Resolution unterstreicht der Kongreß die Bedeutung der heroischen Arbeit der russischen Kommission, während der gefährlichen Periode des Bürgerkrieges und ihre Verdienste um die Befestigung der Errungenschaften der Oktoberrevolution. Da die innen- und außenpolitische Lage der Räterepublik sich gegenwärtig besetzt hat, hält es der Kongreß für möglich, das Tätigkeitsgebiet der Allrussischen Kommission zu beschränken und ihr die Funktionen des Kampfes gegen die Verletzung der Sowjetgesetze zu übergeben.

Schleifische Rundschau.

Wie die Kriegstrümpel und Kriegswitwen abgepeißt werden.

Einem bürgerlichen Blatt entnehmen wir folgende offiziöse Meldung:

„Die gegenwärtige Teuerung hat besonders auch in die Kreise der Kriegsbekämpften, Kriegshinterbliebenen und Altersrentner, die durch ihre körperlichen Leiden und Gebrechen oder mit Rücksicht auf die Erziehung ihrer kleinen Kinder keiner Arbeit nachgehen können, viel Not und Elend gebracht. Um ihr zu steuern, hat das Reich für den Winter 1921/22 eine Milliarde Mark zur Verfügung gestellt. Aus diesen Mitteln sollen in erster Linie die laufenden Teuerungszuschüsse, die den Schwerbeschädigten und Hinterbliebenen schon seit dem 1. August gewährt werden, mit Rückwirkung vom 1. Oktober 1921 an nicht unerheblich erhöht werden. Jeder Schwerkriegsbekämpfte, der höchstens von 80 v. H. seiner Erwerbsfähigkeit beschränkt ist, bekommt monatlich 90 Mark, ist er schwerbeschädigt, 120 Mark. Hat er für Kinder zu sorgen, so erhält er außerdem für jedes Kind noch weitere 30 Mark. Der monatliche Zuschuß für die erwerbsunfähige und nicht erwerbsfähige Kriegswitwe beträgt nunmehr 80 Mark und der für die vaterlose Kriegswaise 40 Mark, der für eine Kriegserbkolonne und für verorgungsberechtigte Kriegserbkolonne je 50 Mark.“

Das Reich ist wegen seiner eigenen großen finanziellen Not gezwungen, die Hilfsmittel auf die Kriegsoffer zu beschränken, die nicht im Erwerbsebenen stehen und bewegen unter den schwierigsten Verhältnissen leben. Die Teuerungszuschüsse von monatlich 30 bzw. 25 Mark, die erwerbsfähige Kriegsbekämpfte und Kriegswitwen seit 1. August 1921 bezogen haben, fallen daher vom 1. Januar 1922 ab weg. Bei denjenigen Schwerbeschädigten und Kriegswitwen, die im Erwerbsebenen stehen, wird die gegenwärtige Teuerung ohnedies wenigstens zum Teil ausgeglichen durch höheren Arbeitsverdienst.“

Es ist ein Skandal ohnegleichen, wie in dem „demokratischen“ Deutschland mit den Leidtragenden des Weltkrieges umgesprungen wird. Man bezeichnet die Hungerpfennige als „nicht unerheblich erhöhte Teuerungszuschüsse“. Und diese nicht „unerheblichen“ Zuschüsse — die pro Tag ganze 100 bzw. 85 Pf. ausmachen — werden denen abgezogen, die irgend einen Verdienst haben. Ist das nicht mehr wie Hohn? Kann denn ein Kriegstrümpel oder eine Kriegswitwe von der Rente von diesen Hungerpfennigen überhaupt zistieren? Sind sie nicht gezwungen irgend einer, meist mit Rücksicht auf diese Rentenzahlung erbarmlich entlohten Beschäftigung nachzugehen? Für die Reichswehr und Schupo werden Milliarden ausgeworfen und für die Ärmsten der Armen hat man Verlegenheitsphrasen. Wo bleiben denn die Kriegsoffer-Organisationen? Bei dieser allgemeinen entsetzlichen Teuerung sind die Unterstützungssätze viel zu niedrig, sie dürfen nicht gekürzt, sondern müssen erheblich erhöht werden.

Für Zuckerrüben-Zucker kein Anlaß zum Klagen mehr.

Leut „Schleifischer Landbund“ vom 31. Dezember 1921 fand kürzlich eine Besprechung zwischen Vertretern des Reichslandbundes und der Zuckerrückstellungenstelle statt. Von letzterer wurde erklärt, „daß demnächst wieder größere Mengen Zucker freigegeben werden. Der Zuckerpreis sei so bemessen, daß er es erzwinge, den Landwirten einen Rübenpreis von 40 bis 50 Mark für den Zentner zuzubilligen.“

Die Zuckerrübenindustriellen verdienen also so viel, daß sie ihren großagrarisches Freunden die Wünsche erfüllen können. In dem Bericht heißt es deshalb auch anerkennend: „Wir glauben, daß durch diese Preisgestaltung die Klagen der „Raufrüben“-Anbauer zum großen Teil beseitigt werden.“ Wahrscheinlich, es ist für Zuckerrüben-Zucker kein Grund zum Klagen mehr, erhielten sie doch vor dem Kriege für einen Zentner Zuckerrüben 90 Pf., bis 1 Mark, also heute das 45- bis 50fache.

Noch vor kaum 2 Monaten konnte man von der Regierung die amtliche Feststellung erhalten: Der Höchstpreis für Zuckerrüben beträgt 20 Mark. Gehalten hat sich an diesen „Höchstpreis“ kein Mensch.

Das Proletariat muß daraus lernen, daß die Regierung wohl beschließen kann, wirtschaftlich handeln von diejenigen, die im Besitz der Produktionsmittel sind. Die Preisfestsetzung für Zuckerrüben und Zucker liegt ganz in den Händen der Zuckerrückstellungen und der Großagrarien. Das arbeitende Volk kann dem Wucher mit Volksmitteln nur steuern, wenn es durch energiegelichen Kampf in Stadt und Land sich wirtschaftlichen Einfluß, die Kontrolle über die Produktion, verschafft.

Auch auf dem Lande geht es vorwärts.

Am 27. und 28. Dezember sprach Genosse Hamann in Sagan und Petzdorf bei Sagan in öffentlichen Landerversammlungen über das Thema: „Not, Elend, Hunger und Volkskrieg“.

Wohnt für die „Rote Hilfe“

In der Petersburger Versammlung, die noch besser hätte besucht sein können, herrschte eine gute Stimmung. Die Sanftere Versammlung war gut besucht, mit großem Interesse verfolgten die Anwesenden, insbesondere Landarbeiter, den Verlauf der Verhandlungen, insbesondere die Verhandlungen des Referenten. Einige Neuaufnahmen in die Partei waren der Erfolg. Es geht also vorwärts.

Gewerkschaftsbewegung.

Späte Erkenntnis!

„Spät kommt ihr, doch ihr kommt.“ An dieses Wort aus Schillers Wallenstein wird man erinnert, wenn man in einem Artikel des „Vorwärts“: „Das Streitergebnis“ von Th. Popur folgenden Satz liest:

„Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung beweist auf jedem Blatte, daß Massenbewegungen sich durch Reden einiger geschickter Agitatoren nicht herbeiführen lassen, sondern daß sie geboren werden aus den wirtschaftlichen Verhältnissen.“

Ist diese Erkenntnis auch eine späte, wollen wir doch gern zugeben, daß sie trotzdem eine sehr erfreuliche ist. Was aber hörte man bis heute noch in der ganzen menschlichen Presse? Alle Lohnbewegungen, alle Streiks, überhaupt jede Bewegung seit den Novembertagen wurde von der gesamten rechtssozialistischen und unabhägigen Presse als die Folge kommunistischer Fehereit und Wählerlei hingestellt. Wer erinnert sich nicht des Wortes von Emil Barth, der damals in ganz Deutschland umherreiste, um zu predigen: „Ihr sollt die Revolution nicht zu einer Lohnbewegung machen.“ Damals, am 4. Januar 1919 war es auch als der „Töpler“ von wahnsinnigen Lohnforderungen sprach und weiter behauptete: „Es ist verbrecherisch, die Arbeiter anzureizen, mehr zu verlangen, als die Armut unserer gesamten Wirtschaft allen gleichmäßig zu geben vermag! Was einzelne Gruppen der Arbeiter heute an übertriebenen Forderungen erzwingen, muß bei der unvermeidlichen kommenden schweren Krise die übrige Masse der Arbeiter an ihrem Lebensnerd verlegen.“ Auch der „Kurier“, das Organ des Transportarbeiter-Verbandes, wollte in diesem Chorus nicht fehlen und stimmte ein in die Melodie: „Nachhalten bei Lohnforderungen. Lohnforderungen dürfen nicht verschämten Expropriationen gleichkommen... Je höher die Lohnforderungen, desto schneller laufen die Notentpressen... Laßt die Kirche im Dorfe, wir schneiden uns ins eigene Fleisch.“

So damals die ganze Menschheitspresse und heute ist man endlich dahin gelangt, zuzugeben, daß doch wohl tiefere Ursachen als die Fehereit und Wählerlei „einiger geschickter Agitatoren“ vorhanden sein müssen, wenn die Arbeiterschaft immer wieder zur Waffe des Streiks greifen muß.

Wo bleiben die Nachzahlungen?

Der Zentralverband der Angestellten schreibt uns: Bei einer ganzen Reihe von Staats- und Reichsbehörden sind die aus dem geänderten Ortsklassenverzeichnis sich ergebenden Nachzahlungen auf unser Drängen bisher nur vorstufweise erledigt worden, weil angeblich eine Zahlungsanweisung des Reichsfinanzministers noch nicht eingetroffen sei. Damit die Angestellten in der Lage sind, ihre Ansprüche sofort geltend zu machen, bringen wir nachstehend den fraglichen Erlaß des Ministers zum Abdruck. Der Reichsminister der Finanzen.

III P. 18 942. Berlin, den 21. Dez. 1921.
II P. 15 999.

Betrifft neues Ortsklassenverzeichnis.
Sofort!

Nachdem der Reichstag am 15. Dezember 1921 dem Entwurf des Gesetzes über die neue Ortsklasseneinteilung für die Beamten unter dem Vorbehalt demnächstiger Nachprüfung zugestimmt hat, findet dasselbe gemäß § 16 des Teilarbeitsgesetzes vom 4. Juni 1920 mit Rückwirkung vom 1. April 1920 auch auf die Angestellten Anwendung. Unter Bezugnahme auf mein Rundschreiben vom 8. Dezember 1921 — II P. 14 643 II Ang. — ersuche ich deshalb, sofort zu veranlassen, daß die in Betracht kommenden Angestellten gleichzeitig mit den Beamten in den Genuß der Nachzahlung an Ortszuschlag, wie er sich nach dem neuen Ortsklassenverzeichnis ergibt, sowie der sich daraus weiter ergebenden Nachzahlung des nach Ortsklassen abgestuften Teuerungszuschlag zum Grundgehalt — Kinderzuschlag — und Ortszuschlag kommen. Auch in Fällen, in denen ein Angestellter nicht seit dem 1. April 1920 ununterbrochen in der Reichsfinanzverwaltung, sondern bei einer anderen Reichsverwaltung oder der Preussischen Staatsverwaltung als Angestellter tätig war, sind die Nachzahlungen durch die jetzige Dienststelle für die in Betracht kommende rückliegende Zeit vorzunehmen. Die Dienststellen haben dabei jedoch festzustellen, welche Beiträge der Nachzahlung auf die einzelnen Verwaltungen entfallen, damit die Beiträge von diesen Verwaltungen auf Anforderung nach noch ergebenden weiteren Bestimmungen ersetzt werden.

In Anwendung des Artikels II Abs. 3 des Gesetzes über die neue Ortsklasseneinteilung können Nachzahlungen an Angestellte, die vor Verkündung des Gesetzes aus dem Reichsdienst ausgeschieden sind, nicht erfolgen. Nur wenn ein Angestellter vor Verkündung des Gesetzes während der Dauer des Dienstverhältnisses gestorben ist, haben die Nachzahlungen im Sinne des § 7 Abs. 5 des Tarifgesetzes vom 6. November 1921 zu erfolgen. Falls der Aufenthalt der Empfängerberechtigten nicht ermittelt ist, können Anträge auf Nachzahlung abgewarlet werden.

Die Tabellen, auf die in meinem Rundschreiben vom 8. Dezember 1921 — II P. 14 643 II Ang. — Bezug genommen ist, sind auch bei der Berechnung der Nachzahlung für die Angestellten zu verwenden.

In Auftrage:
gez. Hoffmann.

Wie aus obigem Erlaß hervorgeht, werden alle vor Verkündung des Gesetzes ausgeschiedenen Angestellten mit ihren Ansprüchen abgewiesen. Das ist eine durch nichts gerechtfertigte Härte gegen die der Zentralverband der Angestellten bereits in Berlin bei den zuständigen Finanzverwaltungen erhoben hat.

Der Streik der Breslauer Zeitungsträgerinnen
ist beendet worden, nachdem der Schlichtungsausschuß einen Schiedsspruch fällte, daß auch der christliche Verband zu den Verhandlungen hinzuzuziehen sei. Am Donnerstag früh nahmen die Trägerinnen die Arbeit wieder auf. Auch begannen an diesem Tage die Verhandlungen der Organisations.

In alle Völker und Regierungen der Welt!

Ein Aufruf der Nationalversammlung der Republik des Fernen Ostens.

Die Nationalversammlung der Republik des Fernen Ostens hat einstimmig den Beschluß gefaßt, sich mit folgendem Aufruf an alle Völker und Regierungen der Welt zu wenden:

Die Nationalversammlung der Republik des Fernen Ostens ist zu ihrer tiefen Empörung gelangt, noch einmal ihren entschiedenen Protest gegen die Raubpolitik Japans im russischen Fernen Osten zu verlesen. Schon vier Jahre lang dauert die bewaffnete Einmischung des Auslandes in unsere Angelegenheiten. Schon vier Jahre lang vergewaltigen die japanischen Bajonette den Willen des russischen Volkes und beherrscht Japan tatsächlich das ganze russische Ufergebiet des Stillen Ozeans.

Auf russischem Territorium wurden japanische Befestigungen, Schützengräben und Drahtverhaue gebaut. In russischen Flüssen haben die Japaner Minensfelder angelegt. Die Mündung unseres Hauptflusses Amur ist nicht nur für unsere Handelschiffe geschlossen, sondern in eine Basis für feindliche Streitkräfte verwandelt worden, von wo aus Japan seine Besitzergreifung erweitern und fortführen wird. Auf Sachalin und im Gebiete des Unterlaufes des Amur wird die gesamte russische Zivilverwaltung — schon gar nicht zu reden von der Militärverwaltung — auf gewaltsame Weise vom japanischen Militärkommando liquidiert, das die gesamte Administration des Gebietes übernommen hat. Im Oktober erklärte das japanische Militärkommando, daß es die Abhaltung des Kongresses der von der Bevölkerung gewählten Vertreter zur Organisierung der lokalen Regierung nicht zulassen wird. Und um jeden Überrest der russischen Macht zu vernichten, verhaftet und weist das japanische Militärkommando jeden russischen Staatsbürger aus, den es verdächtigt, mit den Regierungsorganen der Republik des Fernen Ostens in Verbindung zu stehen. Entgegen dem russisch-japanischen Übereinkommen vom 29. April 1920 hat das japanische Kommando im Geheimen die Organisierung und Existenz regierungsfeindlicher bewaffneter Gruppen zugelassen und dadurch das Bestreben der russischen Regierung paralyisiert, das Leben im Fernen Osten in normale Bahnen zu lenken. Das japanische Kommando hat der Organisierung regierungsfeindlicher Abteilungen gegenüber nicht nur stille Duldung gewährt, sondern ihnen auch unbeschränkten Schutz angebeihen lassen und die legale russische Macht verhindert, sie zu liquidieren. Ebenso feindlich den russischen Regierungstruppen gegenüber und freundschaftlich-protegiert den aufständischen Organisationen gegenüber verhielt sich das japanische Kommando auch während des Umsturzes vom 26. Mai 1921. Die gewaltsame Abtrennung des Primorjegebietes und

die Einschleppung Semjensowischer Regierungsmethoden für sich als wünschenswert betrachtend, hat die japanische Regierung in Dairen Verhandlungen begonnen, um die Zustimmung der russischen Regierung in folgenden Punkten zu erreichen: zur Anwesenheit japanischer Truppen auf dem Territorium der Republik, zur Abtragung der militärischen Befestigungen und zu einer tatsächlichen Abtretung russischen Territoriums, das an die tatarische Meeresgrenze grenzt. Diese Bedingungen waren so schwer, daß im Falle ihrer Annahme von einer Souveränität der russischen Regierung auf dem Territorium der Republik des Fernen Ostens keine Rede hätte sein können. Nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch wäre die ganze Republik in der Hand Japans. Nachdem Japan begriffen hat, daß die Regierung der Republik des Fernen Ostens den Spuren Merkulos und Semjensows nicht zu folgen beabsichtigt und sich nicht in das Abhängigkeitsverhältnis eines Vasallen von Japan begeben will, hat das japanische Militärkommando im Primorjegebiet Merkulos Hilfe geleistet. Im Rayon, der von den japanischen Truppen besetzt ist, organisierten sich Regimenter verschiedener Namen, die von Japan nicht nur mit Gewehren, sondern auch mit Maschinen- und anderem Kriegsmaterial ausgerüstet wurden. Mit der Eisenbahn, die von japanischen bewaffneten Abteilungen sorgfältig bewacht wird, wurden sie zum Fluße Ussuri geschafft und an Punkten, die sich noch innerhalb des Territoriums der japanischen Okkupationstruppen befinden, über den Fluß geschafft, um in das Gebiet der Republik des Fernen Ostens einzufallen.

Es ist ganz klar, daß die Verantwortung für den Überfall auf unser Territorium voll und ganz auf Japan fällt, da ein solcher ohne Hilfe seines Militärkommandos unmöglich war.

Das Volk des russischen Fernen Ostens hat schon oft seine Stimme erhoben, um gegen die Gewalttaten Japans zu protestieren, bis jetzt aber nirgends ein Ohr gefunden. Die Regierungen der Großmächte haben die Gewalttätigkeiten Japans schweigend sanktioniert und ihm im russischen Fernen Osten volle Aktionsfreiheit gegeben. Jetzt, da die Sitzungen der Vertreter der Großmächte stattfinden, da die Fragen über die Einflusssphären zur Verhandlung gelangen, und ohne unsere Teilnahme und unsere Stimme über unser Geschick entschieden werden soll, erklären wir unseren kategorischen Protest gegen alle Entscheidungen, die uns betreffen, gegen die Gewalttätigkeiten und gegen die Attentate auf unser Territorium und unsere Unabhängigkeit.

Aus der Partei.

Parteistimmen.

In einer vollbesetzten Funktionärerversammlung Groß-Riels, in der die kommunistische Stadtverordneten-Fraktion, die Gewerkschafts- und Betriebsvertreter u. a. anwesend waren, wurde einstimmig eine scharfe Resolution gegen Friesland und Genossen angenommen. Die dieser Funktionäre halten das Vorgehen dieser Genossen für ehrgeiziges persönliches Führergezänk und fordern den Zentralausschuß auf, mit scharfem Schnitt alle Auswüchse, gleich, wo sie hervortreten, zu entfernen und den Ausschluß derjenigen zu vollziehen, die jeder Parteidisziplin bar sind und glauben, diese nur von einfachen Parteimitgliedern verlangen zu können.

Die Funktionäre der Organisation Hannover wenden sich entschieden gegen die Haltung des Genossen Friesland, der in seinem Eifer, eine kommunistische Massenpartei zu bilden, auf Kosten der Prinzipien des Kommunismus verhängnisvolle Konzessionen an Silberding-Stamper'sche Richtung gemacht hat, die in Konsequenz darauf hinauslaufen, die RPD zu liquidieren.

In einem Artikel in der „Roten Fahne des Ostens“ spricht sich Genosse Meißner, der übrigens den Aufruf der 128 mit unterschrieben hat, gegen die begonnene Heße gegen die Kommunisten aus. Er hält für die Partei die vollständige Meinungsfreiheit für unbedingt notwendig und fordert auf, die Parteigenossen zu überwinden, um sich voll und ganz der eigentlichen Aufgabe der Partei — der Führung des proletarischen Befreiungskampfes zu widmen. Zu diesem Artikel bemerkt die Redaktion der „Roten Fahne des Ostens“, daß die Ausführungen des Genossen Meißner bewußt oder unbewußt eine ganz eindeutige Beurteilung der RPD und ihrer Kampfweise sei.

Colales.

Neue Bestimmungen der Krankenversicherung.

Vom 1. Januar 1922 ab sind gegen Krankheit versicherungspflichtig:

1. Arbeiter, Gehilfen, Gesellen, Lehrlinge, Diensthöten, ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Einkommens,
 2. Hausgewerbetreibende, soweit ihnen nicht ein jährliches Einkommen von 40 000 Mark sicher ist,
 3. Betriebsbeamte, Werkmeister und andere Angestellte in ähnlicher gehobener Stellung, sämtlich, wenn diese Beschäftigung ihren Hauptberuf bildet,
 4. Handlungsgehilfen und -lehrlinge, Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken,
 5. Bühnens- und Orchestermitglieder, ohne Rücksicht auf den Kunstwert der Leistungen,
 6. Lehrer und Erziehler,
 7. die Schiffsbesatzung deutscher Seefahrzeuge, soweit sie weder unter die §§ 59 bis 62 der Seemannsordnung (Reichsgesetzblatt 1908 S. 175 und 1904 S. 167) noch unter die §§ 553 bis 553 b SGB fällt, sowie die Besatzung von Fahrzeugen der Binnenschifffahrt.
- Voraussetzung der Versicherung ist für die unter Nr. 3 bis Nr. 7 Bezeichneten mit Ausnahme der Lehrlinge aller Art, daß sie gegen Entgelt beschäftigt werden, für die unter Nr. 3 bis 6 Bezeichneten sowie für Schiffer außerdem, daß nicht ihr regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst 40 000 Mark (bisher 15 000 Mark) an Entgelt übersteigt.

Erhöhte Beiträge sowie erhöhte Leistungen bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Breslau.

Die neuen Sätze sind wie folgt:

für Klasse	Grundlohn	Beitrag	Krankengeld	Sterbegeld
I	4.— M.	1,80 M.	2,40 M.	160 — M.
II	7.—	3,15	4,20	280 —
III	10.—	4,50	6.—	400 —
IV	15.—	6,75	9.—	600 —
V	20.—	9.—	12.—	800 —
VI	25.—	11,25	15.—	1 000 —
VII	30.—	13,50	18.—	1 200 —
VIII	35.—	15,75	21.—	1 400 —
IX	40.—	18.—	24.—	1 600 —
X	45.—	20,25	27.—	1 800 —
XI	50.—	22,50	30.—	2 000 —
XII	55.—	24,75	33.—	2 200 —
XIII	60.—	27.—	36.—	2 400 —

Das Sterbegeld wird jedoch nur dann gezahlt, wenn die Beerdigungskosten nachgewiesen werden.

Bessere Wochenhilfe.

Weibliche Beschäftigte, die im letzten Jahre vor der Niederkunft mindestens sechs Monate hindurch auf Grund der Reichsversicherung oder bei einer knappschaftlichen Krankenkasse gegen Krankheit versichert gewesen sind, erhalten als Wochenhilfe:

1. ärztliche Behandlung, falls solche bei der Entbindung oder bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich wird,
2. einen einmaligen Beitrag zu den Kosten der Entbindung in Höhe von einhundert Mark,
3. ein Wochenlohn in Höhe des Krankengeldes, jedoch mindestens vierundeinhalb Mark täglich, für zehn Wochen, von denen mindestens sechs in die Zeit der Entbindung fallen müssen. Das Wochenlohn für die ersten vier Wochen ist spätestens mit dem Tage der Entbindung fällig,
4. solange sie ihre Kräftegeboten stillen, ein Stillgeld in Höhe des halben Krankengeldes, jedoch mindestens vierundeinhalb Mark täglich, bis zum Ablauf der zwölften Woche nach der Niederkunft.

Neben dem Wochenlohn für die Zeit nach der Entbindung wird Krankengeld nicht gewährt; die Wochen nach der Niederkunft müssen zusammenhängen.

Beizelt die Wöchnerin während der Leistung der Wochenhilfe Hilfe die Kranzengedürigkeit, so bleibt die erstverpflichtete Kasse für die weitere Durchführung der Leistung zuständig.

Stirbt eine Wöchnerin bei der Entbindung oder während der Zeit der Unterstützungsberechtigung, so werden die noch verbleibenden Beträge an Wochen- und Stillgeld bis zum jagungsmäßigen Ende der Bezugszeit an denjenigen gezahlt, der für den Unterhalt des Kindes sorgt.

Familienwochenhilfe.

„Die Wochenhilfe erhalten die Ehefrauen sowie solche Töchter, Stief- und Pflegeeltern der Versicherten, welche mit diesen in häuslicher Gemeinschaft leben, wenn

1. sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Inland haben,
 2. ihnen ein Anspruch auf Wochenhilfe nicht zusteht, und
 3. die Versicherten im letzten Jahre vor der Niederkunft mindestens sechs Monate hindurch auf Grund der Reichsversicherung oder bei einer knappschaftlichen Krankenkasse gegen Krankheit versichert gewesen sind.
- Als Wochenhilfe werden die oben bezeichneten Leistungen gewährt; dabei beträgt das Wochenlohn drei Mark und das Stillgeld vierundeinhalb Mark täglich.
- Die Familienwochenhilfe ist auch zu gewähren, wenn die Niederkunft innerhalb neun Monaten nach dem Tode des Versicherten erfolgt.“

Wochenfürsorge.

Erhöhung der Mindestverdienstgrenze und des Stillgeldes.
Eine minderbemittelte Deutsche, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Inland hat und für die nach den vorstehenden Vorschriften kein Anspruch auf Wochenhilfe besteht, erhält aus Mitteln des Reichs eine Wochenfürsorge.

Sobald nicht Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß eine Beihilfe nicht benötigt wird, gilt eine Wohnung als unbekannt, wenn ihr und ihres Ehemannes Gesamtvermögen über, sofern sie allein steht, ihr eigenes Einkommen in dem Jahre oder Steuerjahre vor der Einbringung den Betrag von fünfzehntausend (15.000) Mark nicht übersteigt hat.

Der Antrag auf Wochenfürsorge ist bei dem Versicherungsamt zu stellen. Dieses nimmt die erforderlichen Feststellungen vor. Die Auszahlung geschieht auf Anweisung des Versicherungsamtes durch die Allgemeine Ortskrankenkasse.

Dabei beträgt das Wochenlohn drei Mark und das Stillgeld vierundneunzig Mark täglich.

Breslau. Mitteilung.

Auf der Promenade zwischen Königsplatz bis Oberer Bär werden die Fußwege an der Umwehung und an den Vorgärten entlang bei Glätte gestreut und bei Schneefall gereinigt. Die mittlere Promenade dagegen bleibt unberührt, weil die Reinigung dieses Teiles zu große Kosten verursachen würde und er für den Durchgangsverkehr nicht unbedingt benötigt wird. Das Publikum wird daher gut tun, sich an die bezeichneten Wege zu halten, umso mehr, als der Magistrat jede Pflicht für Unglücksfälle ablehnen muß, die aus einer Verletzung der mittleren Promenade etwa entstehen sollten.

Wiederbeginn des Unterrichts am 17. Januar.

Die Breslauer Schuldeputation hat beschlossen, den Schulbeginn mit Rücksicht auf die immer noch herrschende Grippe um eine Woche, auf den 17. Januar d. J. zu verlegen. Der Beschluß gilt für alle Mittel-, Volks- und Hilfsschulen und die der Regierung unterstehenden Privatschulen. Wegen der unter Aufsicht des Provinzial-Schulkollegiums stehenden höheren Schulen wird eine Mitteilung dieser Behörde abgewartet werden müssen.

Zirkus Busch. Im Gegensatz zum letzten Programm hat es diesmal die Zirkusdirektion verstanden, der Stadt Breslau ein Programm vorzulegen, mit dem sie sich nicht zu schämen braucht. Wenn auch die bombastisch auf den Plakaten angekündigten zwei „Dorfscher“, „Katharina die Große und Napoleon“ bei weitem nicht das Versprechen als „Jugnummern“ einlösen, so sind doch deren artistische Leistungen immerhin als sehr gut zu bezeichnen. Nachteilig für beide wirkt der Versuch, den Zuschauer durch Nebenbühnenleistungen von ihrem wirtlichen Können abzulenken. Bei Katharina das Lustspiel als „Mannweib“, bei Napoleon der Zug ins sentimental-nationalistische. Beides wirkt abstoßend und läßt diese Nummern etwas abfallen. Dafür sind alle anderen Darstellungen wirkliche Treffer, die in ihrer Vielseitigkeit auch den vornehmsten Zirkusbefucher befriedigen.

Die Pausen werden ausgefüllt mit allerlei guten und schlechten Akten der im Zirkus nie fehlenden Clowns und Auguste und von Klammerlichtbildern des Projektionsapparates. Den schlechtesten Witze leistet sich das Organ der Breslauer SPD, der sich allerdings den Genossen der SPD als bitterer Ernst zeigt: folgendes Lichtplakat zierte die weiße Leinwand:

Die „Vollswacht“
Das Organ der freien
und unabhängigen Bürger.

Bisher das Organ der „werkstätigen Bevölkerung!“ Vielleicht begreifen nun endlich die Genossen der SPD. Doch dies nur nebenbei.

Ein Besuch des Zirkus Busch ist zu empfehlen, besonders wird auf die Sonntags-Nachmittagsvorstellungen bei halben Ein-

trittspreisen hingewiesen, in die jeder Erwachsene ein Kind frei einführen kann. In diesen Vorstellungen kommen alle Programmnummern zur Erledigung.

Hochwasser im Guleengebirge.

Die seit der Jahreswende und schon um Weihnachten eingetretene Schneeschmelze, die unter dem Druck der stürmischen Witterung sich umfassend schnell vorzog, brachte ein verheerendes Hochwasser in allen Gebirgsflüssen und auf den nach der Neu- roder Seite des Guleengebirges gelegenen Driftflüssen sogar derartiges Hochwasser, daß zum Schutz bedrängter Dautlichkeiten die Wasserwehr alarmiert werden mußte. Die Abwässer bildeten vielfach eigene Sturzabfälle und es stiegen der Pelsbach und die Weistritz beträchtlich, desgleichen begann sich der in den letzten Monaten ganz bedeutend zurückgegangene Spiegel des Stausees in der Weistritz-Talsperre bei Breitenhain ersichtlich zu heben. Bedrohlich wurde die Gefahr der aus dem Guleengebirge herabströmenden Wassermassen in den Gebirgsflüssen um Wlitzgießbühl, wo die Bachläufe, boet auch die Weistritz, ufervoll gingen und zum Teil herartig überfluteten, daß die Feuerwehren alarmiert werden mußten. Tief liegende Bestuhungen, Straßen, Gärten und Wiesen wurden überschwemmt. Einzelne Häuser, besonders auf der schmalen Seite in Wlitzgießbühl, standen vollständig vom Wasser umgeben und die Feuerwehr mußte hier wie auch im nahebei liegenden Blumenau anstrengende Schubarbeiten verrichten. Die talwärts liegenden Driftflüsse blieben durch die Aufnahme der Hochflut durch die Talsperre verschont. Der inzwischen eingetretene Frost dürfte weitere Hochwassergerate vorläufig beseitigt haben. In der Nacht zum Donnerstag trat im gesamten Guleengebirge neuer Schneefall ein.

Verantwortl. Redakt.: Erug w e n t s c h. Inzerate: Wag J i c h o c y e. Verlag: Produktivgenossenschaft für die Prov. Schlesien, e.G.m.b.H. Druck: Küffel & Tauschel, sämtlich in Breslau.

Großer Inventur-Verkauf

9.-14. Januar.

Damen-Stiefel	
Lackbesatz, Rahmenarbeit, mit Stoffeinsatz, GröÙe 36-38, Einzelpaar	175.-
Boxkalf mit Lackkappe, GröÙe 36-38	195.-
Rindbox, Strapazierstiefel, GröÙe 36/37	185.-
Braun Fahlleder, guter Strapazierstiefel, GröÙe 40-42	145.-
Braun Chevreauz, mitl. Absatz, GröÙe 36-38	275.-
Damen-Halbschuhe	
Rob-Chevreauz mit Lackkappe	115.-
Rob-Chevreauz mit Lackkappe, GröÙe 40-42	125.-
Salon- u. Spangenschuhe	
Schwarz, Spange, GröÙe 36-41	72.50
Schwarz, Pumpe nur GröÙe 35	29.-
Farbige Ballschuhe, GröÙe 37-40	25.-
Schwarz, Satin, Schnür- u. Spange, Gr. 36-41	30.-
Samt, Salon, GröÙe 37-42	65.-
Samt, Spange, beste Ausführung, GröÙe 36/37	75.-
Herren-Stiefel	
Spaltleder, GröÙe 44/45	98.-
Rob-Chevreauz mit Lackkappe, GröÙe 41/45	135.-
Rindbox und Rob-Chevreauz, GröÙe 41/45	165.-
Chevreauz, GröÙe 41-45	195.-
Burschen-Stiefel	
Chevreauz, GröÙe 36/37	150.-
Rindbox, GröÙe 36/37	165.-
Kinder-Stiefel	
Spaltleder mit Stoffeinsatz, GröÙe 27-29	49.-
Spaltleder, GröÙe 27-29	80.-
Rindbox, GröÙe 27/28	78.-
Braun Fahlleder, GröÙe 27-29	110.-

Filz-Hausschuhe	
Kamelhaar, Schnallen, GröÙe 44-46	65.-
Filzschuh mit Lederbesatz, Gr. 36-43	125.-
Filz-Halbschuh mit Ledersohle, GröÙe 38-42	58.-
Herren-Filzschuhen mit Ledersohle, GröÙe 44-46	38.-
Billige Hausschuhe mit Vulkanfaser- sohle, GröÙe 38/39	16.50
Pantoffeln	
Für Damen, Püsch	15.-
Für Herren	18.-
Herren-Kamelhaar-Hausschuhe mit Ledersohle, GröÙe 43-45	
25.-	24.50
Babyschuhchen	
Filz-Ohrn-Schuhe, sehr praktisch	4.00
Solden-Kralings-Schuhe, äußerst preiswert	2.-
Tuch- und Seiden-Schlappen	
Bunte Hausschuhe mit Bindfadensohle, Gr. 42-44	15.-
Seiden-Schlappen	12.50



Inventur-Ausverkauf

zu bedeutend ermäßigten Preisen
von Montag, den 9., bis Mittwoch, den 18. Januar
 in Damen-Kleiderstoffen, Kostüm- und Mantelstoffen, Seidenstoffen, Samt- und Waschstoffen, Tüll und Spitzen
Herrenstoffen
 Bitte besichtigen Sie unsere Schaufenster-Auslagen. Bitte besichtigen Sie unsere Schaufenster-Auslagen.

Auf alle nicht herbgesezte Waren während des Ausverkaufs **10% Rabatt.**

Thomas & Exner

Von 8-6 Uhr geöffnet. Am Rathaus 25. Von 8-6 Uhr geöffnet.

Zellgarten
 Täglich 7 1/2 Uhr
 des glänzende
Wiel-Program
 Sonntag
 Nov. 11 Uhr
Große Matinee
 Schauspieler
 Opernsänger
 Musik mit 1000 Kl.
 Die Torggasse
 Sonntag nach 3 1/2 Uhr
 Schauspieler
Achtung! Wo?
 Sucht man einen
 glänzende SOBEL
 sucht man einen
 besten aus
 und verschleißt
H. Klinge
 Sonntag, nach 3 1/2 Uhr

KPD. Ortsgruppe Neu-Satzbrunn.
 Sonntag, den 12. Januar 1922,
 in „Fischerbrunn“
Liebknecht-Luxemburg-Gedächtnis-Feier der K.P.
 Programm:
 1. Ansprache.
 2. Erntedank-Lied. Brüder zur Sonne, zur Freiheit.
 3. Prolog.
 4. Arbeiter, Bauer und Spartakus. (1. Akt)
 5. Mehrere Rezitationen.
 6. Eine Märznacht. (1. Akt)
 7. Die Internationale. (Schlußlied).
 Programm a 2. - 10 Min.
 Eintragsung 5 1/2 Uhr. Anfang 6 1/2 Uhr
 Der gesamte Ueberschuß fällt der „Rustand-Hilfe“ und der „Roten Hilfe“ zu. Genossen, Genossinnen, bringt Eure Jugend mit und führt sie der K.P. zu.

Wiederzähler!
 Capicelle nach zum
 Bezug guter
 Kette-, Zähl-,
 Schmier-,
 Fichten, Strich-
 hölzern,
 Weichschmelzen
 Schmier-,
 schwar Leder-
 und Wagnereff,
 Dicht, Zellen-
 pulver und Soda.
 Nachlieferung von 1000 L.
 an per Postkarte.
 Frachtkosten gratis.
L. Lehart,
 Breslau,
 Poststraße 7.

Wandkalender
 der
„Schlesischen Arbeiter-Beitung“
 für das Jahr 1922
 mit Verzeichnis aller wichtigen Ereignisse
 nach der November-Revolution
 auf extra-leinem Karton gedruckt (zum Aufhängen)
Preis Mk. 1.-
 Zu beziehen durch den Verlag der „Schlesischen Arbeiter-Beitung“, Breslau, Nikolaistraße 49/50 L.

Genossen!
 kauft nur in den Geschäften,
 die bei uns inserieren.

Sie neues Buch von Taleren-Red!

Eeben erschienen:
Die Passagiere der leeren Plätze
 (Anderjens-Red)
 Preis Broschüre 12.00 Mk.
 Zu beziehen durch die
Kommunistische Bucherei
 Breslau 5, Gellischer Straße 45.
 Auswärts per Nachnahme.

Tribüne für proletarische Kultur und Arbeit

Von der Kulturarbeit in Sowjet-Russland.

Was bürgerliche Schriftsteller über Kunst und Wissenschaft in Sowjet-Russland erzählen

Zur Dezemberheft der Zeitschrift „Das blaue Gest, freie deutsche Bühne“, veröffentlicht Iwan Faludi einen bemerkenswerten Artikel über „Die bildenden Künste in Sowjet-Russland“, deren Inhalt alle proletarische Kulturbedürftige, Hand-, Kopf- und Kunstarbeiter, interessieren wird. Faludi schreibt:

„Der Kunst öffnen sich die Tore bisher unbekannter Zauberkräfte. Das Theater der Massen, die Bildwerke des Granits, die neue epische Dichtung, die Architektur der Volkshäuser und Volkstheater, Manifeste, Plakate und Satiren — das sind nur die ersten Labordinge, die der Vulkan emporschießt. Ihnen folgt das Problem der kollektiven schöpferischen Arbeit, eine neue Epoche des künstlerischen Schaffens, wo Kunst als mächtiger Organismus mit dem Leben eins wird.“

Diese Zeilen stehen in einem Vorwort zur ersten Nummer der Zeitschrift „Kunst“, sind also eine Verkündigung. Man mag die Verprechungen der Sowjetmänner mit dem üblichen Wechselzügen erledigen, man darf alles ebenso „absurd“ halten, wie das wirtschaftliche Programm Lenins; aber den Tatsachen, die den großen Verprechungen folgten, sollte man doch Glauben schenken. Und die Verprechungen der Sowjetkünstler wurden größtenteils in die Tat umgesetzt.“

Faludi teilt mit, daß das Präsidium des Kollegs für bildende Künste, in dem die bekannten Künstler Grabar und Kaibinitskij, unermüdet arbeitet mit dem Erfolg, daß in der Provinz statt der 31 Museen aus der Zeit des Zarenismus, heute 191 Museen vorhanden sind.

Das Inventar und die gesammelten Kunstschätze dieser Museen, so berichtet Faludi, sind früherem Privatbesitz entnommen. Der proletarische Staat hat sie bei den reichen Privatbesitzern enteignet, um die Kunstwerke der gesamten arbeitenden Bevölkerung zugänglich zu machen.

Das frühere Winterpalais des Zaren, jetzt „Kunstpalaß“, beherbergt heute eine viel mannigfaltigere Kunstsammlung als zur Zeit des Zaren. Vor allem aber macht man die Kunstschätze der Bevölkerung, soweit nur möglich, zugänglich durch Kataloge, Illustrationen und durch billige Reproduktionen, die im ganzen Lande verbreitet werden.

Außer den ständigen Ausstellungen rühmt Faludi das Kulturwert der Wanderausstellungen und der „Volkskunst“. Er weist hier hin auf die kulturellen Fortschritte, die besonders in Sibirien zu verzeichnen sind; so daß es „heute dem europäischen Russland starke Konkurrenz macht“.

Besonders interessant ist, was der Kunstschriftsteller über den Proletkult mitteilt. Lassen wir einige markante Zeilen des Artikels folgen:

„Ein großer Teil der autodidaktischen Künstler ist allerdings heute noch gezwungen, in der Fabrik oder in seiner Arbeitswerkstatt zu schaffen. Sunatscharskij erwähnt als interessantestes Beispiel dieser Werkstattkunst die Ausstellung des Nibinster Proletkult (Juni 1919), wo ein Gemälde des 46-jährigen Schneiders Ippolow allgemeine Aufsehen erregte. Das Kunstwerk des reifen Mannes ist von wunderbarer Natürlichkeit und einfach primitiver Form. Die absolute Begabung zeigt sich in jeder Linie, doch hat das lange Arbeiterleben den elementaren Ausdruck abgeschwächt. Der Schneider Ippolow gibt bestimmte, abgeschlossene Formen, an denen keine Schule mehr etwas ändern könnte.“ (Proletarische Kunst, Juli 1919). Hierbei ist zu bemerken, daß Nibinsk eine kleine Provinzstadt ist, deren Proletkultschule trotzdem bereits damals von achtzig begabten Schülern besucht wurde! Was für Perspektiven öffnen sich dem Auge des ungläubigen Europäers, wenn man bedenkt, daß Sowjetrußland zweihundert solcher Provinzstädte hat, und jeder ergiebt Hunderte von Proletariern zum Verständnis der kommenden Kunst!“

Faludi bringt auch einige Notizen über die Benutzung der Kunst für Sowjetpropaganda. Es gibt viele Gemälde, die den Kampf des Proletariats und den Sieg der Arbeit verherrlichen. Ganz großzügig operiert auch die Plakatkunst. In ihr ist das Motiv, das in vielen Variationen wiederkehrt, meistens die Gestalt eines mächtigen, nackten Arbeiters. Von den Propagandauflösungen werden einige mitgeteilt: „Elektrizität ist die größte Kraft“ — „Der Analphabet wandelt wie ein Blinder“ — „Reiß das Gebäude des Sozialismus unter Dach bringen“.

Erwähnung getan wird eines „interessanten Versuchs“. Ein Baukünstler, Zatin, ist mit dem Entwurf eines Denkmals der Dritten Internationale beauftragt worden. „Das Denkmal soll ausschließlich aus Glas und Eisen bestehen, und durch eine Kombination des Eiselturmes, amerikanischen Wellenbrecher und der Motive asiatischer Baukunst eine moderne Glasarchitektur darstellen.“

Die Bilanz aus seinen Ausführungen ziehend, setzt Faludi diesen Satz ans Ende seines Aufsatzes:

„Mit Unrecht wird dieses Stadium (nämlich das der Entwicklung der bildenden Künste in Russland. (Am. d. Red.) Chaos genannt.“

Das wollen wir meinen! Der ehrliche bürgerliche Kunstschriftsteller scheint zu wissen, wie oberflächlich eine profunde Bourgeoisie alles, was in Sowjet-Russland vorgeht, wertet, mit „bolschewistischer Barbarei und Despotismus“ abtut.

Über das Musikleben in Sowjet-Russland berichtet in der „Frankfurter Zeitung“ Erik Schottböfer aus Moskau u. a. folgendes:

„Gestern Abend hatte das Auswärtige Amt das noch etwas bescheidene Moskauer diplomatische Korps zu einem besonderen Konzert geladen. Der Volkskommissar für das Unterrichtsweesen, Sunatscharskij, erzählte uns, daß diese exquisiten Kunstgenüsse in Russland nicht einem ausgesuchten Publikum vorbehalten sind. Das offizielle Russland widmet der Pflege der Kunst ganz besondere Aufmerksamkeit. Es werden überall sehr viele Konzerte veranstaltet. Eine spezielle Behörde wurde dafür errichtet und diese Behörde hat auch die Aufgabe, die wertvollen alten Musikinstrumente aus Privatbesitz in einer Staatssammlung zu vereinigen. So kamen die Stradivari, die Amati, Guarneri, die als tote, schwer bezahlte Antiquitäten in den Büchern des Adels oder der Bourgeoisie prägten, jetzt zur Aufrechterhaltung im Dienste der Kunst. Mit dem Rechte, das auch das Volk auf die Schönheit besitzt, werden sie auf begrenzte Zeit Kunstern anvertraut, die in einem Wettbewerb ausgewählt werden und sich verpflichten müssen, eine bestimmte Anzahl Konzerte zu geben. Man begreift, daß ein Geiger aus solcher Instrumente willen zu jedem Opfer bereit ist. Solo habe

ich alle Geigen schon spielen hören, nie in einem ganzen Quartett oder Quintett, wo die Bratsche und das Cello erst die volle Atmosphäre für die Violinen geben. Auch da mache ich meinen Versuch, die Partitur und Fülle dieser Töne zu schildern. Aber ich zähle das Adagio von Schuberts Streichquintett, das ich auf den Stradivari hörte, schließlich zu meinen schönsten Erlebnissen. Das Quartett widmet selbstverständlich den russischen Komponisten einen breiten Raum. Tschaikowsky kam mir hier viel sympathischer vor, und Borobinow Weichheit eignet sich wohl besonders für diese Saiten. Beethoven habe ich noch nicht gehört. Deutsche Musikfreunde versichern mir, daß hier das Quartett nicht so auf der Höhe sei wie in den Kompositionen die mehr auf reinem Stimmungseffekt beruhen. Der Saal, für Kammermusik wie geschaffen, ist der frühere kaiserliche Salon der Großen Oper. Jetzt heißt er Beethoven-Saal. Das Publikum der Abonnementsabende hat in seinen Toiletten nichts von dem Glanze der Privilegierten, denen dieser Raum früher vorbehalten war, aber es ist jedenfalls ein Publikum, das Verständnis hat für das, was ihm geboten wird.“

Wir stehen an glühenden Feuern.

Von Kurt Kaeber.*

Wir stehen an glühenden Feuern
und hämmern.
Wir stehen an tausenden Bänken
und drehen.
Wir schaffen in fahlem
Morgendämmern.
Wir schaffen, wenn die Sterne
aufgehen.
Immer.

Doch wir stellen in aufgelegter Fron,
wir stellen zu unserm eigenen Lohn,
und in jedem wilden Hammer Schlag
stöhnt und dröhnt es:
Wann kommt der Tag
der Freiheit?
Der Tag,
wo unsere Kraft nicht Herren den Reichtum mehrt,
der Tag,
wo unsere Kraft jauchzend eigene Arbeit begehrt,
der Tag,
wo man Arbeit um Arbeit wägt,
der Tag,
wo man gleichen Lohn zu allen trägt,
die da schaffen?

Wir stehen und hämmern Schlag um Schlag.
Wir stehen und warten auf den Tag
und sind doch
die Kraft.
Doch kommt der ersehnte Tag nicht bald,
in unserm Hämmern liegt die Gewalt.
Wir laßen Feuer und Feilen stehen
und wir werden den Tag suchen geh'n
Wir!

* Kurt Kaeber, Neue Saat, Gedichte, Verlag Neuer Volksbuchhandlung.

Der selbe Schriftsteller berichtet, ebenfalls in der „Frankfurter Zeitung“, über die „Sozialistische Akademie“ und das Institut „Marx-Engels“ folgendes:

„Wer künftig die Geschichte der sozialen Bewegung studieren will, wird nach Moskau reisen müssen. Nirgends wieder jedenfalls wird er die ungeheure Literatur so vollständig und systematisch an einem Orte finden wie in der „Sozialistischen Akademie“ und dem Institut „Marx-Engels“, die unter der sachkundigen Leitung von N. I. Kizimow hier ihrer Vollendung entgegengehen. Dreihunderttausend Bände ungefähr sind bereits gesammelt. Man wird auch kaum anderswo die wissenschaftliche Arbeit so bequem haben. Die Anlage der beiden Bibliotheken in aufsteigender ihrer Einteilung nach den verschiedenen Spezialgebieten. Und kein Feilschismus wird getrieben: das Institut Marx-Engels ist kein Museum von allerhand persönlichen Andenken. Nur was wissenschaftliches Interesse bietet und was von Bedeutung ist für die geistige Entwicklung der beiden Denker und ihrer Weltanschauung, findet Einlaß.“

Russland, das den großartigsten Versuch zur Verwirklichung des Sozialismus unternommen hat, war es sich schuldig, sozusagen den Nachweis zu führen, daß sein Kampfsatz aus einer gewaltigen Geistesarbeit der Vergangenheit hervorgegangen ist. Hier sind alle Quellen gefaßt, aus denen der revolutionäre Strom zusammenfloß. Das auch immer aus der Sowjet-Republik werden mag, sie ist jedenfalls selbst eine Ercheinung von so gewaltigen Dimensionen, daß sie der sozialen Forschung der nächsten und fernsten Zukunft eine unerschöpfliche Fundgrube, ein Dokument von unschätzbarem Werte sein wird. Auch dafür sollen die Sammlungen denkbar vollständig werden.

Nur der Fachmann wird das Unternehmen voll bewerten können. Aber so viel bin ich vom Fach, um sagen zu dürfen, daß die beiden Institute mit einem sachlichen Ernst konzipiert und ausgeführt wurden, vor dem selbst eine Gegenrevolution in Russland achtungsvoll stehen bleiben müßte. Es gehörte der bergübersteigende Glaube der überzeugten Anhänger dazu, das Werk zu schaffen, aber kein Zug darin verrät eine Einseitigkeit der Stimmung, der den wissenschaftlichen Charakter schwächte. Die „Sozialistische Akademie“ als Kollegium, das sich später selbst wissenschaftliche Beiratsarbeit im Geiste des Sozialismus zur Aufgabe machen will, wird sich ihren Grundauffassungen nicht entziehen. Aber ihr „Laboratorium“ verliert darum nichts von seinem Werte für alle jene, die auf anderem Boden stehen. Die Anzahl stellt sich zunächst als eine Bibliothek dar. Doch steht es am Katalog. Aber durch die praktische Einteilung, die N. I. Kizimow getroffen hat, wird die ausgedehnte Bücheransammlung sofort benutzbar. Er legte sie in eine Reihe von Kabinetten, die Spezialgebieten gewidmet sind und alles enthalten, was man zur Arbeit auf diesem Gebiete gebraucht, Quellenwerke, Literatur, Zeitschriften. Ausgehend von der Tatsache, daß der Weltkrieg

auch sozial die größte Bedeutung gewonnen hat, wird in einem Kabinett 1914—1918 alles gesammelt, was auf den Krieg Bezug hat. Ein weiteres Kabinett enthält „Auswärtige Politik“. Die Abteilung „Ökonomik“ (auch Sozialismus einschließend) widmet der Wirtschaft während des Krieges und dessen wirtschaftlichen Wirkungen besondere Aufmerksamkeit. Das Kabinett „Arbeiterfrage“ enthält das Material zur Gewerkschaftsbewegung, Arbeiterschutz, Versicherung usw. Besondere Kabinette sind für die „Geschichte der russischen sozialen Bewegung“ und „Sowjet-Russland“ eingerichtet. Die Geschichte der Kunst, Literatur, Religion in ihren Zusammenhängen mit der Gesellschaft ist ebenfalls besonders untergebracht. Als eine große allgemeine Bibliothek vorhanden. Das ist, in ein paar Strichen gezeichnet, die Anlage der Sozialistischen Akademie. Diese Laboratorien, wie N. I. Kizimow sie nennt, enthalten die notwendigen Einrichtungen für die Arbeit, Luxus wird dabei nicht entfallen. Alles steht inparteilich einfach aus.

Das Institut Marx-Engels ist gegenwärtig im Umzuge begriffen, in ein Haus nahe bei der Akademie, deren Verhältnisse es ergänzt. Es wird nach dem gleichen System angelegt, aber mit der Beschränkung auf das Studium des Marxismus. Auch Lasalle findet darin seinen Platz. Zunächst sind alle Werke von Marx, Engels, Lasalle in allen Ausgaben in einem Zentralkabinett gesammelt. Noch fehlt die „Neinische Zeitung“, aber was fehlt, wird durch photographische Wiedergaben der in anderen Bibliotheken vorhandenen Kollektionen und Exemplare ersetzt. Hier finden auch Briefe, Tagebücher usw. Unterkunft. Daran schließen sich an die Sonderkabinette für die Geschichte des Sozialismus als System und Theorie, für die Geschichte der ökonomischen Theorien von Marx, dann des philosophischen Materialismus und der gesamten Philosophie, die auf Marx' Denken eingewirkt hat. Hier ist, nebenbei bemerkt, wahrheitsgemäß die vollständige Sammlung zum Studium Nichtes vorhanden. Auch für die Entwicklung der Anschauungen Marx' und Engels' über den Staat, über die auswärtige Politik im reichsten Material da. Ein Kuriosum sei erwähnt: Die Lasalle-Forscher waren zweifelhaft darüber, daß die von Augenzeugen und Freunden verfaßte Schrift „Documentarische Darstellung L. Lasalle's letzter Lebensstage“, erschienen 1865, nur in zwei unvollständigen Exemplaren vorhanden sei. Der letzte Bogen fehlt. Hier ist ein vollständiges Exemplar dieser wichtigen Quellenchrift. N. I. Kizimow hat es in Russland gefunden. Eine „Monographie“, eine Sammlung von zeitgenössischen Bildnissen, Kupfern, Plakaten usw., wie sie im Museum Carnavalet in Paris für die französischen Revolutionen besteht, soll auch hier für die ganze soziale Bewegung angelegt werden.“

— und wie Rechtssozialisten das Bildungswesen Sowjet-Russlands begreifen!

Wir haben schon in der ausgiebigen Weise bürgerliche Schriftsteller zu Worte kommen lassen. Dabei dürfen wir feststellen, daß sie sich bemüht haben, auch als politische Gegner der Bolschewiki den Leistungen der Bolschewiki auf kulturellem Gebiet voll und gerecht zu werden.

Nun liegt vor uns auch eine „sozialistische“ Zeitung, nämlich das Zentralorgan der SPD, der „Vorwärts“. In ihm nimmt ebenfalls ein gewisser P. A. Friedrich unter der Ueberschrift „Bildungswesen im heutigen Russland“, Stellung zu den kulturellen Fragen.

Aber wie! Wie ein billiger Adler hüpft sich dieser famose Sozialdemokrat über alle Bildungsbestrebungen in Sowjet-Russland und sucht selbst in den höchsten Regionen wahrhaft große Proletkultarbeit nur seine kleine, engstirnige, sozialchauvinistische SPD-Parteipolitik zu betreiben. Die ungeheuren Mühen unserer russischen Genossen, den Sieg der proletarischen Revolution auszumachen, auch zum Sieg einer proletarischen Kultur über die „Kultur“ der zaristischen Ära, sucht dieser Moskölger in jenen Dreck hinabzuziehen, der treffend im Anfang der Revolution in Deutschland zum Ausdruck kam in den Propagandabildern der Antibolschewisten, der Affen mit dem blutroten Tusch im Maul, mit der Unterchrift „Völler Europas rettet Eure heiligsten Güter“. Zu sehr erfüllt vom geistigen Kafentum gegenüber seiner verehrten Bourgeoisie, zu unfähig und zu borniert, um zu begreifen, daß es seit Lasalle („Wissenschaft und Arbeiterklasse müssen eins werden“), eine Unmöglichkeit des Sozialismus ist, daß für die kulturellen Kräfte in den Massen durch die wirtschaftliche und politische Loslösung aus dem drückenden Machtbereich des Kapitalismus der Weg zur Entwicklung frei wird, so plätschert dieser Friedrich in den Niederungen geistiger Impotenz herum.

Selbst da, wo er etwas Gutes gewinnungsmäßig anerkennen muß, verjudet er es durch lächerliche und bakurdurchhaltene Einwände ins Gegenteil zu verkehren.

Einige Beispiele: Der ehrenwerte Herr Friedrich sagt gleich zu Anfang seines merkwürdigen Geistesproduktes:

„Freies Studium für jedermann, unzählige Volkshochschulen — dieses Fortschritte, deren sich Russland allerdings rühmen kann“. Und dann kommt sein „Aber“. Das Studium sei aber nur eine Zwangsjacke kommunistischer Parteiaktivität und noch dazu unter Aufsicht bolschewistischer Spitzel.

Man höre und staune: In Tausenden werden die Leute zum Studium auf die Universität abkommandiert bei Gehalt und erhöhter Provision, meint Herr Friedrich, aber sie würden doch gerne fort. Ja, die Bolschewiki müssen doch wirklich garstige Leute sein, wenn sie so „abstehend“ wirken!

Eine Stelle des Aufsatzes lautet so:

„Was nützen die vielen neuerrichteten Schulen, wenn sie aus Mangel an Beheizung und Beleuchtung geschlossen bleiben? Was nützen die vielen Anstalten mit den hochtadelnden Bezeichnungen (Volkshochschule, Konservatorium u. a.), die heutzutage in jedem gottverlassenen Dörflein zu finden sind? Was nützen sie ohne Lehrer und Lehrmittel.“

Man sieht, Herr Friedrich „bestriedrich“ nun einmal nichts. Bei seinem geistigen Horizont kommt er natürlich nicht auf die Idee, daß es doch von einer gewaltigen Energie zeugt, trotz des Hungers, trotz der Kälte, trotz des Mangels an Beleuchtung es soweit zu bringen, daß eine „Volkshochschule“, wie er selbst sagt, heutzutage in jedem gottverlassenen Dörflein zu finden ist. Dieser eines „Vorwärts“ wahrhaft würdige Feuilletonist empfindet auch nicht, wie blöde es ist, den Bolschewiki den Gehrenmangel vorzuwerfen. Als ob das nicht selbstverständlich zunächst in einem Lande, wo unter dem Zaren es Millionen Analphabeten gab und wo heute sogar jedes „gottverlassene Dörflein“ seine Bildungshätte besitzt! Und als ob es dann ebenfalls nicht selbstverständlich wäre, daß die so großzügig entlassenen Kulturkräfte der Massen erst in einer gewissen Zeit aber früher ihre Lehrkräfte ganz aus sich heraus entwickeln werden.

Willig angeschlossen ist es natürlich, daß dem Herrn Fried...
... die Willkür zu einer so gigantischen Kultur...

Es versteht sich von selbst, daß dieser famose Sozial...

Ein weiteres Beispiel für die Borniertheit des „Vorwärts“...

In einem jüdischen Städtchen erhielt man eines Tages...

Jeder wird sagen, das ist ja einfach prächtig, die Volkswirt...

Nur scheint, daß derjenige, der so die Jugend zu erobern...

Der weiße Sklavenhandel.
Aus dem neuesten Schauspiel „Die Maschine“ von Upton...

Wegman: Was bedeutet dies?
Jack (lachend, unbarmherzig): Es bedeutet, daß Sie die Aol...

Jack (ruhig, aber mit unerbittlicher Leidenschaft): Für die...

Wegman: Und was die Sache mit dem weißen Sklavenhan...

Jack: Ich gebe Ihnen mein Wort. Die Ursache liegt darin...

Wegman: Wer trägt die Schuld?
Jack: Die Schuld trägt nicht die Maschine, sondern die...

Wegman: Was ist das?
Jack: Das ist die Schuld, die wir tragen!

Wegman: Und was ist die Lösung?
Jack: Die Lösung ist die Wahrheit!

Zwei große Tote.
Am 12. Dezember 1921 starben Maximiljan Korolento...

Korolentos Siege sind in Schänitz in Bohemien...

gens politische Prodnatur aufwuchs zu schwärmerischen...

Wie kaum ein anderer Dichter setzte Korolento nicht...

Wie alle russischen Dichter, die ein Sprachrohr waren...

Schon als Student wurde er wegen seiner revolutionä...

Seine fliehende Bedürfnisse, nicht bloß reine Kunstbücher...

Zur proletarischen Umwälzung der Volkswirt hat...

Außer zahlreichen Erzählungen, von denen nur...

Auf der Schulung des Sowjetkongresses am 28. De...

In demselben Tage fanden die Beisetzungsfestlich...

Außerdem brachten fast alle Zeitungen einen Nachruf...

Josef Popper Opitens, der hochbetagt, 84 Jahre alt...

In seinem Eintreten für ein olympisches Glück, für...

Friedrich Popper Opitens schloß der Jynismus und Sa...

Popper Opitens hat sich in zahlreichen Werken, von...

Aber Popper Opitens war nicht nur Soziologe, er war...

Seine Phantasien eines Realisten, worin er unfaß...

Von seinen technischen Erfindungen sind bemerkens...

Die Popper Opitens sich bis in seine hohen Tage...

Die Popper Opitens hat sich in zahlreichen Werken, von...

Die „Friedensnovelle“ von Strindberg
Das Schauspiel „Die drei Fliegen“ am vergangener Freitag...

der Patient: „Hören Sie auf, ich vergesse mich sonst“.

Der zweite Teil der Novelle bringt keine Steigerung...

Strindbergs Bedürfnis drang aber doch in laute Ohren...

Wenn nämlich der Offizier nach seiner unglücklichen...

Triumph über das flüchtige Gewissen, Bestandteile der...

Der Vortragende Wiesner besitzt alle Anlagen für...

Kleines feuilleton.

Esung!
Nur daß der Wille sich stöhle!
Hoffnung, ich lasse dich nicht!

Das Gesicht der Zukunft.
Seine Armen! und folglich auch keine Bettler, kein Kummer...

Seine Bettler! und folglich keine Straßen, keine Richter...

Seine Bettler! und folglich keine Bettler, kein Kummer...

Mark Twain und die Trüpfkönige.
Ein amerikanischer Journalist fragte einst Mark Twain...

„Den Grund weiß ich nicht ganz genau. Aber wahrscheinlich...

„Das vernehme ich nicht.“

„Ich auch nicht. Aber ich habe eine dunkle Ahnung, daß...

Damit reichte er dem Journalisten eine Zeitung mit einer...

„Die drei Fliegen“ und lautete:

„Eine Fliegenmutter hatte zwei Töchter, die sie sehr liebte.

„Das war die eine der jungen Fliegen, dort ich ein...

Die Fliegenmutter erlaubte es, und ihre Tochter setzte...

Die Fliegenmutter hatte aber jetzt nur noch eine Tochter...

Das Fliegenpapier war nämlich unerschöpflich, denn es...